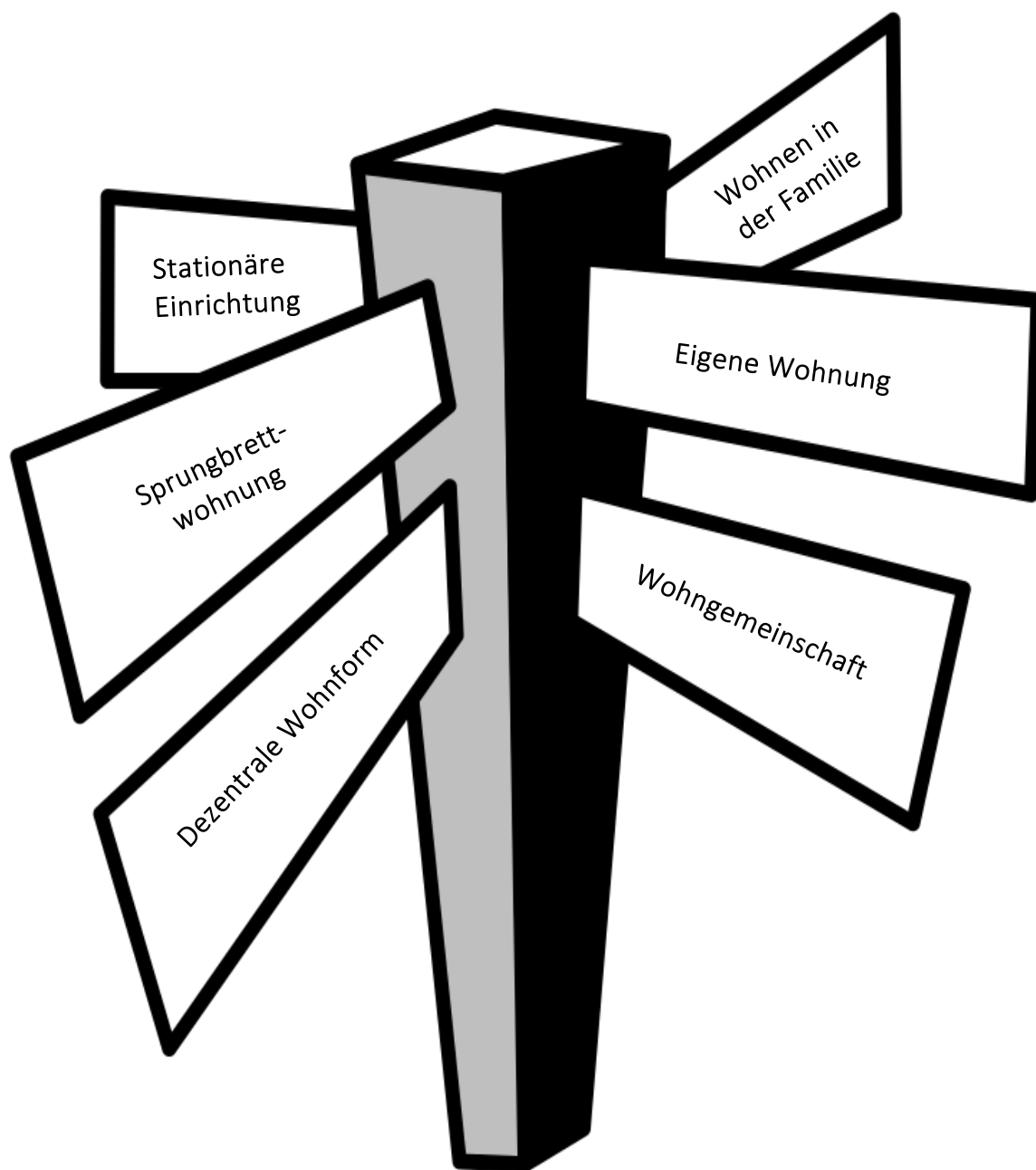


# Wo, wie und mit wem will ich wohnen?

Eine Arbeit über dezentrale Wohnangebote für Menschen mit einer geistigen Behinderung



Bachelorarbeit der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit  
von Simona Hodel (VZ 2016-2020)

**Bachelor-Arbeit**  
**Ausbildungsgang Sozialpädagogik**  
**Kurs VZ 2016-2020**

**Simona Hodel**

**Wo, wie und mit wem will ich wohnen?**

Eine Arbeit über dezentrale Wohnangebote für Menschen mit einer geistigen  
Behinderung

Diese Bachelor-Arbeit wurde im Januar 2020 eingereicht zur Erlangung des vom Fachhochschulrat der Hochschule Luzern ausgestellten Diploms für **Sozialpädagogik**.

---

Diese Arbeit ist Eigentum der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit. Sie enthält die persönliche Stellungnahme des Autors/der Autorin bzw. der Autorinnen und Autoren.

---

Veröffentlichungen – auch auszugsweise – bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung durch die Leitung Bachelor.

---

Reg. Nr.:

Originaldokument gespeichert auf LARA – Lucerne Open Access Repository and Archive der Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern



Dieses Werk ist unter einem  
Creative Commons Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Keine Bearbeitung 3.0 Schweiz Lizenzvertrag  
lizenziert.

Um die Lizenz anzuschauen, gehen Sie bitte zu <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/ch/>  
Oder schicken Sie einen Brief an Creative Commons, 171 Second Street, Suite 300, San Francisco, California  
95105, USA.

#### Urheberrechtlicher Hinweis

Dieses Dokument steht unter einer Lizenz der Creative Commons Namensnennung-Keine kommerzielle  
Nutzung-Keine Bearbeitung 3.0 Schweiz <http://creativecommons.org/>

Sie dürfen:



**Teilen** — das Material in jedwedem Format oder Medium vervielfältigen und weiterverbreiten

**Zu den folgenden Bedingungen:**



**Namensnennung** — Sie müssen angemessene Urheber- und Rechteangaben machen, einen Link zur  
Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Diese Angaben dürfen in jeder  
angemessenen Art und Weise gemacht werden, allerdings nicht so, dass der Eindruck entsteht, der Lizenzgeber  
unterstütze gerade Sie oder Ihre Nutzung besonders.



**Nicht kommerziell** — Sie dürfen das Material nicht für kommerzielle Zwecke nutzen.



**Keine Bearbeitungen** — Wenn Sie das Material remixen, verändern oder darauf anderweitig direkt  
aufbauen dürfen Sie die bearbeitete Fassung des Materials nicht verbreiten.  
Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt,  
mitteilen.

Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers  
dazu erhalten.

Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte nach Schweizer Recht unberührt.

Eine ausführliche Fassung des Lizenzvertrags befindet sich unter <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/ch/legalcode.de>

## Vorwort der Schulleitung

Die Bachelor-Arbeit ist Bestandteil und Abschluss der beruflichen Ausbildung an der Hochschule Luzern, Soziale Arbeit. Mit dieser Arbeit zeigen die Studierenden, dass sie fähig sind, einer berufsrelevanten Fragestellung systematisch nachzugehen, Antworten zu dieser Fragestellung zu erarbeiten und die eigenen Einsichten klar darzulegen. Das während der Ausbildung erworbene Wissen setzen sie so in Konsequenzen und Schlussfolgerungen für die eigene berufliche Praxis um.

Die Bachelor-Arbeit wird in Einzel- oder Gruppenarbeit parallel zum Unterricht im Zeitraum von zehn Monaten geschrieben. Gruppendynamische Aspekte, Eigenverantwortung, Auseinandersetzung mit formalen und konkret-subjektiven Ansprüchen und Standpunkten sowie die Behauptung in stark belasteten Situationen gehören also zum Kontext der Arbeit.

Von einer gefestigten Berufsidentität aus sind die neuen Fachleute fähig, soziale Probleme als ihren Gegenstand zu beurteilen und zu bewerten. Sozialpädagogisches Denken und Handeln ist vernetztes, ganzheitliches Denken und präzises, konkretes Handeln. Es ist daher nahe liegend, dass die Diplomandinnen und Diplomanden ihre Themen von verschiedenen Seiten beleuchten und betrachten, den eigenen Standpunkt klären und Stellung beziehen sowie auf der Handlungsebene Lösungsvorschläge oder Postulate formulieren.

Ihre Bachelor-Arbeit ist somit ein wichtiger Fachbeitrag an die breite thematische Entwicklung der professionellen Sozialen Arbeit im Spannungsfeld von Praxis und Wissenschaft. In diesem Sinne wünschen wir, dass die zukünftigen Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen mit ihrem Beitrag auf fachliches Echo stossen und ihre Anregungen und Impulse von den Fachleuten aufgenommen werden.

Luzern, im Januar 2020

Hochschule Luzern, Soziale Arbeit  
Leitung Bachelor

## Abstract

---

Die Autorin geht der Frage nach, wie dezentrale Wohnformen für Menschen mit geistiger Behinderung in der Schweiz aussehen könnten. Das Bild über Menschen mit geistiger Behinderung hat sich im Verlaufe der Zeit verändert. Dadurch veränderte sich auch die Praxis. Früher wurde von einer defizitorientierten Sichtweise aus gearbeitet. Heute stehen die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen immer mehr im Mittelpunkt und aus dieser Entwicklung heraus veränderten sich die Schwerpunkte in der Arbeit mit Menschen mit geistiger Behinderung. Zurzeit haben Menschen mit geistiger Behinderung nicht die Möglichkeit frei zu entscheiden wo, mit wem und in welcher Wohnform sie leben möchten. Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen fordert dies jedoch. Dadurch sollten in den nächsten Jahren in der Schweiz neue Wohnformen entstehen. Durch die Auseinandersetzung mit Leitprinzipien der Behindertenhilfe stellte sich heraus, dass folgende Leitprinzipien bei dezentralen Wohnangeboten für Menschen mit geistiger Behinderung von Bedeutung sind: Normalisierung, Integration und Inklusion, Teilhabe, Lebensqualität, Selbstbestimmung und Empowerment. Diese Leitprinzipien werden von der Behindertenrechtskonvention gefordert. Durch die Recherchen wurde klar, dass andere europäische Länder bereits innovative Wohnformen für Menschen mit geistiger Behinderung in die Praxis umgesetzt haben. Aus diesem Grund wurde das Wohnangebot Pameijer aus den Niederlanden und die inklusive Wohngemeinschaft Lebe Bunt aus Wien untersucht. Diese zwei Wohnangebote sind vorbildlich dafür, wie Menschen mit geistiger Behinderung dezentral wohnen können. Sie erfüllen alle Leitprinzipien.

## Danksagung

---

Dank der grosszügigen Unterstützung von einigen Menschen konnte diese Bachelorarbeit realisiert werden. Aus diesem Grund möchte die Autorin ihren Mitstudierenden, ihrer Familie und ihren Freunden sowie Freundinnen für die wertvollen und anregenden Diskussionen, wie auch für die motivierenden Worte und die grosse Unterstützung danken.

Ich danke zudem René Stalder, Peter Mösch und Rebekka Ehret für die Fachpoolgespräche und Coachings, welche mich immer wieder einen Schritt weitergebracht haben und einen wesentlichen Beitrag zur Qualität dieser Arbeit geleistet haben. Auch ein grosses Dankeschön geht an die Experten und Expertinnen der vorgestellten Wohnangebote, welche während des Schreibprozesses stets hinzugezogen werden konnten. Ein Dank geht zudem an Hanspeter und Dorothea Hodel-Gut für das kritische Gegenlesen, die Überarbeitung und die wertvollen Rückmeldungen.

# Inhaltsverzeichnis

---

Abstract

Danksagung

1	Einleitung	1
1.1	Ausgangslage	1
1.2	Fragestellungen	2
1.3	Abgrenzungen	3
1.4	Ziel der Arbeit und Adressatenschaft	4
1.5	Gliederung der Arbeit	4
1.6	Methodisches Vorgehen	5
2	Begriffserklärungen	6
2.1	Dezentrale Wohnangebote	6
2.2	Geistige Behinderung	7
2.2.1	Medizinische Perspektive	7
2.2.2	Psychologische Perspektive	8
2.2.3	ICF	8
2.2.4	Ressourcenorientierte Perspektive	10
2.2.5	Zusammenfassung	10
3	Gesetzliche Grundlagen	12
3.1	Behindertenrechtskonvention BRK	12
3.2	Behindertengleichstellungsgesetz BehiG	14
3.3	Assistenzbeitrag	15
3.4	Zusammenfassung	16
4.	Wohnformen	17
4.1	Herkunftsfamilie	18
4.2	Stationäre Institution	18
4.3	Sprungbrettwohnung	19
4.4	Dezentrale Wohnformen	20
4.5	Zusammenfassung	22
5.	Leitprinzipien der Behindertenhilfe	23
5.1	Normalisierung	23
5.1.1	Bezug Normalisierung - BRK	25
5.2	Selbstbestimmung	25
5.2.1	Bezug Selbstbestimmung - BRK	26
5.3	Empowerment	27
5.3.1	Bezug Empowerment - BRK	28
5.4	Integration und Inklusion	28
5.4.1	Bezug Integration und Inklusion - BRK	29

5.5	Teilhabe	30
5.5.1	Bezug Teilhabe - BRK	31
5.6	Lebensqualität	31
5.6.1	Bezug Lebensqualität - BRK	32
6.	Europäische Wohnangebote	33
6.1	Lebe Bunt	34
6.1.1	Beschreibung «Lebe Bunt»	34
6.1.2	Bewertung «Lebe Bunt»	36
6.2	Pameijer:	38
6.2.1	Beschreibung «Pameijer»	38
6.2.2	Bewertung «Pameijer»	40
7.	Fazit	42
8.	Aufgaben der Sozialpädagogik	46
9.	Ausblick	47
10.	Quellenverzeichnis	49
11.	Anhang	54

## Abbildungsverzeichnis

---

Abbildung 1: Fragestellungen (Quelle: eigene Darstellung, 2019)	3
Abbildung 2: Elemente des ICF-Modells, (Quelle: leicht modifiziert nach dem deutschen Institut für medizinische Dokumentation und Information, 2005, S. 23)	9
Abbildung 3: Wichtigste Indikatoren zum Wohnangebot für Menschen mit Behinderungen (Quelle: gekürzt basierend auf Fritschi, 2019, S.VI)	18
Abbildung 4: Anteile Behinderungsarten bei begleitetem Wohnen (Quelle: gekürzt, basierend auf Fritschi, 2019, S. 58)	20
Abbildung 5: Anzahl Klient/innen pro Dachorganisation und Behinderungsart vom Jahr 2016 (Quelle: Fritschi, 2019, S. 47)	22



## Abkürzungsverzeichnis

---

Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
Art.	Artikel
BehiG	Behindertengleichstellungsgesetz
BRK	Behindertenrechtskonvention (Übereinkommen der UNO über die Rechte von Menschen mit Behinderungen)
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft
bzw	Beziehungsweise
ca.	Cirka, zirka
et al.	Und andere
etc.	Et cetera
ICD	Internationale statistische Klassifikation der Krankheit und verwandter Gesundheitsprobleme (International Statistical Classification of Diseases and related Health Problems)
ICF	Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (International Classification of Functioning, Disability and Health)
IQ	Intelligenzquotient
IV	Schweizerische Invalidenversicherung
Kap.	Kapitel
NFA	Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen
u. a.	Unter anderem
UN	Vereinte Nationen (United Nations)
UNO	Organisation der Vereinten Nationen (United Nations Organization)

# 1 Einleitung

---

## 1.1 Ausgangslage

Menschen mit einer Behinderung wurden früher als idiotisch oder schwachsinnig bezeichnet. Lange Zeit galten sie als ansteckend und krank. Eine Behinderung wurde einer Krankheit gleichgestellt. Diese Vorstellungen führten zu einer Abschottung der Menschen mit Behinderungen. Damit die Gesellschaft nicht mit Menschen mit Behinderungen in Berührung kam, wurden sie in abgelegenen Einrichtungen untergebracht. Diese Einrichtungen wurden benannt als Rehabilitation von Krüppeln, Anstalt für Schwachsinnige oder ähnliche Bezeichnungen (Otto Speck, 1999, S. 51). Immer mehr Menschen mit Behinderungen zogen von der Herkunftsfamilie in eine externe Einrichtung. Eine Erklärung für die vermehrte Fremdplatzierung von Menschen mit Behinderungen weg von der Grossfamilie ist die Veränderung der Familienstruktur. Die traditionelle Grossfamilie entwickelte sich hin zu Kleinfamilien und die Familien hatten auch aufgrund der Industrialisierung und dem Wegzug von vielen Familienmitgliedern nicht mehr die Kapazität sich um behinderte Familienangehörige zu kümmern (Theodor Thesing, 2009, S. 69-70). Nicht selten wurden Menschen mit Behinderungen in psychiatrische Kliniken untergebracht (Dieter Mattner, 2000, S. 21). Bis dahin wurden Menschen mit Behinderungen ausschliesslich pflegerisch versorgt; pädagogische Hintergründe hatten bei der Pflege keine Relevanz. Später wurde festgestellt, dass Menschen mit Behinderungen in psychiatrischen Kliniken fehl am Platz sind. Daraus entstanden die ersten Institutionen, welche ihr Handeln auf pädagogische Grundgedanken aufbauten und das Phänomen Behinderung mit den neuen Fortschritten in den Bereichen Pädagogik, Psychologie und Medizin betrachteten. Ab diesem Zeitpunkt entstanden kontinuierlich neue Ansätze, mit denen eine Behinderung betrachtet und behandelt wurde (Fritschi et al. 2019, S. 4-7).

In den letzten Jahren fand im Bereich der Wohnmöglichkeiten eine intensive Entwicklung statt. Es entstanden Zwischenformen von Heim und Familie, da in der Schweiz heute vermehrt in Richtung Deinstitutionalisierung gearbeitet wird. Diese Entwicklung wird gefördert durch das aktive Werden der Menschen mit Behinderungen und dem veränderten Bild, das die Gesellschaft gegenüber Menschen mit Behinderungen heute hat. Auch der technologische Fortschritt eröffnet im Wohnbereich neue Möglichkeiten für Menschen mit Behinderungen. Mit Hilfe von Mobiltelefonen, Notfallsystemen oder sogar Robotern kann selbstbestimmtes Wohnen vereinfacht werden (Mirjam Hauser & Daniela Tenger, 2015, S. 31-34).

Die Realisierung neuer Wohnangebote kommt momentan schleppend voran. Schweizweit fehlt die Umsetzung (Fritschi et al. 2019, S. 4-7). In anderen europäischen Ländern werden bereits vielfältigere Wohnformen angeboten. Die Ausgangslage zeigt, dass die Schweiz in den nächsten Jahren weiter an der Entwicklung neuer dezentraler Wohnangebote arbeiten muss, um den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen sowie den rechtlichen Grundlagen gerecht zu werden.

Diese Ausgangslage präsentiert sich so differenziert, da bereits umfangreiche Literatur zum Thema Wohnen für Menschen mit geistiger Behinderung existiert. Studien und Forschungsergebnisse über dezentrale Wohnangebote für Menschen mit geistiger Behinderung werden aber vergeblich gesucht. Über die bestehenden Wohnangebote in der Schweiz gab es bis vor kurzem keine Studien oder Forschungsergebnisse. Im November 2019 wurde die erste differenzierte schweizweite Studie über Wohnangebote für Menschen mit Behinderungen, welche eine aktuelle Bestandsaufnahme darstellt, veröffentlicht. Diese Studie beinhaltet jedoch keine dezentralen Wohnangebote. Es werden Formen zwischen dem Leben in der stationären Institution und der Familie thematisiert, in die auch dezentrale Wohnmöglichkeiten hineinfallen können. Die Leitprinzipien, welche in allen Wohnformen für Menschen mit geistiger Behinderung erfüllt werden sollen, so auch in dezentralen Wohnmöglichkeiten, wurden von verschiedenen Autoren und Autorinnen erläutert. Spezifisch angewendet auf dezentrale Wohnmöglichkeiten wurden sie jedoch nirgend.

## 1.2 Fragestellungen

Zur Ausführung der Arbeit entstand eine übergeordnete Fragestellung. Um diese zu beantworten, stellte sich die Autorin zudem drei Unterfragen. Im folgenden Teil werden diese vorgestellt. In der Schweiz gibt es wenig alternative Wohnmöglichkeiten zu stationären Institutionen im Bereich Wohnen für Menschen mit einer geistigen Behinderung. Wenn Menschen mit einer geistigen Behinderung nicht bei ihrer Familie wohnen und auch nicht in einer stationären Institution wohnhaft sein möchten, ist es fast aussichtslos einen geeigneten Wohnplatz zu finden. Im Ausland werden bereits vielfältige Wohnangebote für Menschen mit einer geistigen Behinderung angeboten. Aus diesem Grund stellt sich die Autorin die Frage, wie in der Schweiz die Notwendigkeit von dezentralen Wohnangeboten für Menschen mit einer geistigen Behinderung aus Sicht der Sozialen Arbeit begründet werden kann. In einer zweiten Fragestellung werden Leitprinzipien herausgearbeitet, welche relevant im Wohnbereich von Menschen mit geistiger Behinderung sind. Um die Wichtigkeit einzelner Leitprinzipien zu überprüfen, wird die Behindertenrechtskonvention herbeigezogen. Die Inhalte dieser Leitprinzipien geben Handlungs-ideen für dezentrale Wohnangebote. Folglich werden für die dritte Fragestellung Empfehlungen für dezentrale Wohnangebote in der Schweiz abgegeben.

Die übergeordnete Fragestellung erläutert die Bedingungen, welche bei dezentralen Wohnangeboten für Menschen mit einer geistigen Behinderung erfüllt sein müssen, sodass sie die Grundsätze der aktuell gültigen Leitprinzipien der Behindertenhilfe erfüllen. Die Fragestellungen werden auf der folgenden Grafik zusammengefasst:

### Übergeordnete Fragestellung

Welche Bedingungen müssen dezentrale Wohnangebote für Menschen mit einer geistigen Behinderung erfüllen, damit sie die Grundsätze der aktuell gültigen Leitprinzipien der Behindertenhilfe erfüllen?

1. Unterfrage	2. Unterfrage	3. Unterfrage
Wie lässt sich die Notwendigkeit von dezentralen Wohnangeboten für Menschen mit einer geistigen Behinderung aus Sicht der Sozialen Arbeit auch mit Blick auf Angebote aus dem Ausland erklären?	Basierend auf der Behindertenrechtskonvention: Welche Leitprinzipien stehen heute im Zentrum der Behindertenarbeit?	Welche Empfehlungen lassen sich aufgrund der Analyse für die Schweiz ableiten?

Abbildung 1: Fragestellungen (Quelle: eigene Darstellung, 2019)

## 1.3 Abgrenzungen

Um den Rahmen der Bachelorarbeit einzuhalten, hat die Autorin einige Abgrenzungen vorgenommen.

Menschen mit geistiger Behinderung werden oft als nicht vollständig handlungsfähig angesehen. Dies hat zur Folge, dass die Ausgangslage von Menschen mit einer geistigen Behinderung sich unterscheiden kann zu den Menschen mit anderen Behinderungsarten (Insieme, ohne Datum a). In dieser Bachelorarbeit steht die Situation des Menschen mit geistiger Behinderung im Zentrum. Zur Ergänzung dieser Abgrenzung ist zu erwähnen, dass Menschen mit geistiger Behinderung im Alter dieselben Wohnangebote nutzen dürfen sollten wie jüngere Menschen, solange keine körperlichen Beeinträchtigungen aufgetreten sind. Falls dies der Fall ist, besteht eine andere Ausgangslage, welche in dieser Studie nicht bearbeitet wird.

Im Rahmen dieser Arbeit werden existierende Wohnangebote aus dem Ausland angeschaut, um neue Ideen und notwendige Kriterien für gelingende Wohnformen in der Schweiz zu sammeln. Bei der Suche alternativer Wohnformen werden verschiedene Angebote aus Europa angeschaut. Das Ziel der Vorstellung von Wohnangeboten ist es, Wohnkonzepte und Wohnideen für die Schweiz zu übernehmen. Der Blick fällt ausschliesslich auf europäische Angebote, da in diesem Raum in einigen Ländern vergleichbare makroökonomische Verhältnisse vorliegen wie in der Schweiz, dadurch haben die Inhalte der Angebote auch in der Schweiz Umsetzungschancen. Gleichzeitig grenzt sich die Autorin von aussereuropäischen Ländern ab, da ansonsten die Suche zu unübersichtlich und weiträumig wäre.

## 1.4 Ziel der Arbeit und Adressatenschaft

Das Ziel dieser Arbeit ist es, einen Überblick zu erhalten, wo Menschen mit einer geistigen Behinderung momentan in der Schweiz leben können, die Notwendigkeit von neuen dezentralen Wohnformen aufzuzeigen und Kriterien festzulegen, welche wichtig sind für neue dezentrale Wohnangebote für Menschen mit geistigen Behinderungen. Dafür werden Angebote aus anderen europäischen Ländern angeschaut, welche im Bereich «Wohnangebote für Menschen mit Behinderungen» bereits umgesetzt wurden. Es wird aufgezeigt, welche Empfehlungen daraus für neue dezentrale Wohnangebote für die Schweiz abgeleitet werden können. Die vorliegende Arbeit sieht sich als ergänzender Beitrag zur Diskussion der Wohnsituation von Menschen mit einer geistigen Behinderung auf Grundlage der Behindertenrechtskonvention. Es soll einen Anstoss zum Thema Wohnen für Menschen mit geistiger Behinderung geben. Diese Bachelorarbeit ist einerseits für alle, die in Kontakt stehen oder Verantwortung haben über Menschen mit einer geistigen Behinderung. Sie soll Hintergrundinformationen, Erfahrungen, Wohnformideen und Lösungsvorschläge aufzeigen. Andererseits wendet sich diese Arbeit auch an die Direktbetroffenen und deren Angehörigen, welche interessiert an dezentralem Wohnen sind.

## 1.5 Gliederung der Arbeit

Folgend wird der Aufbau dieser Arbeit beschrieben. Die Auflistung der Kapitel soll der Leserschaft einen Überblick verschaffen.

Die Bachelorarbeit ist in neun Kapitel gegliedert, wobei das erste Kapitel im Rahmen der Einleitung bereits behandelt wurde und durch das methodische Vorgehen anschliessend abgeschlossen wird. Im zweiten Kapitel werden die zentralen Begriffe geistige Behinderung und dezentrale Wohnangebote definiert. Die gesetzlichen Grundlagen für Menschen mit geistiger Behinderung werden im dritten Kapitel erläutert. Dabei stehen die Behindertenrechtskonvention, das Behindertengleichstellungsgesetz und der Assistenzbeitrag im Zentrum. Im vierten Kapitel werden momentan bestehende Wohnformen der Schweiz vorgestellt. In Kapitel fünf werden die zentralen Leitprinzipien der Behindertenhilfe genauer beleuchtet. Es werden Bezüge zwischen ihnen zur Behindertenrechtskonvention aufgezeigt. Vorgestellt werden folgende Leitprinzipien: Normalisierung, Selbstbestimmung, Empowerment, Integration, Inklusion, Teilhabe und Lebensqualität. Im sechsten Kapitel folgen Erfolgsbeispiele von Wohnangeboten in europäischen Ländern. Zwei Wohnangebote werden vorgestellt und anhand der Leitprinzipien bewertet. Das Fazit dieser Arbeit wird im siebten Kapitel gezogen und die Fragestellungen werden darin beantwortet. In Kapitel acht werden Herausforderungen und Aufgaben der Sozialen Arbeit beschrieben und daraus mögliche Handlungsinterventionen der Sozialpädagogik abgeleitet. Das neunte Kapitel gibt einen Ausblick und weiterführende Fragen werden thematisiert.

## 1.6 Methodisches Vorgehen

Durch das Interesse am Thema „Dezentrale Wohnformen für Menschen mit einer geistiger Behinderung“ schloss sich die Autorin mit einem Mitstudierenden zusammen, um gemeinsam diese Bachelorarbeit zu schreiben. Diverse Diskussionen und der gemeinsame Besuch des Bachelorkolloquiums an der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit führten zum definitiven Thema und zu den Fragestellungen der Arbeit. Während dem Schreibprozess trennten sich die Wege von der Autorin und dem Mitstudierenden und die Autorin verfasste diese Arbeit eigenständig. Durch Gespräche mit Dozierenden, Mitstudierenden und Professionellen der Sozialen Arbeit traf die Autorin einige wichtige Entscheidungen. Wichtige Entscheidungsschritte in dieser Arbeit waren der Entschluss eine Literaturarbeit zu schreiben, die Eingrenzung des Themas, wobei sich die Autorin auf den Fokus „Menschen mit geistiger Behinderung“ festlegte, der Entscheidung europäische Wohnangebote miteinzubeziehen sowie die Auswahl der Leitprinzipien als Kriterien für gelungene Wohnformen. Die Suche nach Literatur erfolgte vorwiegend auf der Datenbank „Iluplus“ und in verschiedenen Bibliotheken. Für die Sicherung der Daten und der Literatur nutzte die Autorin einen Dropbox-Ordner. In diesen lud sie relevante Literaturergebnisse in Form von Extrakts hoch.

Während des gesamten Schreibprozesses versuchte sich die Autorin an gewisse Rahmenbedingungen zu halten. Sie beschloss für den Aufbau der Arbeit immer vom Grossen auszugehen und dies dann ins Kleine auszuarbeiten. Damit ist gemeint, dass zu Beginn der Kapitel eine Übersicht erstellt wird, der Blick von weiter weg auf das Thema erfolgt und die Themen dann konkreter behandelt werden. Bei Begriffserklärungen wurden zuerst die Definitionen aus der Literatur hinzugezogen, damit die Autorin mit diesen Grundlagen eine eigene Definition ausarbeiten konnte. Zudem war es der Autorin wichtig, sich nach dem Erstellen eines Kapitels mit einer Fachperson auszutauschen, um dann das nächste Kapitel anzugehen. Das methodische Vorgehen bei der Suche nach passenden Wohnangeboten wird zu Beginn des Kapitels «europäische Wohnangebote» vorgestellt.

## 2 Begriffserklärungen

---

Für das Verständnis dieser Arbeit werden im Folgenden die relevanten Fachbegriffe geistige Behinderung und dezentrale Wohnangebote definiert.

### 2.1 Dezentrale Wohnangebote

Laut Duden (2009) bedeutet dezentral, von einem Mittelpunkt entfernt (S. 342). In der Literatur gibt es verschiedene Synonyme für dezentral. Wenn eine Autorenschaft von einer dezentralen Wohnform spricht, werden folglich unterschiedliche Begriffe genutzt und nicht immer der Begriff dezentral. Beispielsweise spricht Osbahr (2003) von normalisierten selbstbestimmten Wohnformen, womit er unter anderem dezentrale Wohnformen anspricht (S. 169). Wiebke Falk (2016) hingegen bezeichnet dezentrale Wohnangebote als ambulante Wohnmöglichkeiten, welche von institutionellen Strukturen losgelöst sind (S.42).

Basierend auf den Erläuterungen im Duden, von Osbahr und Falk definiert die Autorin «Dezentrale Wohnangebote» wie folgt: Wohnangebote, welche nicht eine Institution als Mittelpunkt haben, sondern individuell vor Ort organisiert werden. Es geht um Wohnformen, bei welchen keine vorgegebenen institutionellen Strukturen eingehalten werden müssen und die Hilfeleistungen selber ausgesucht werden können, also nicht von einem bestimmten Ort bezogen werden müssen. Gleichzeitig geht es bei dezentralen Wohnmöglichkeiten um Wohnformen, welche individuell vom Arbeitsort, von sozialen Kontakten und von Freizeitaktivitäten organisiert werden können. Die Unterstützungsleistungen sind dabei nicht vorgeschrieben, sondern werden in diesen Bereichen, in denen sie benötigt und gewünscht werden individuell organisiert, wie zum Beispiel die Unterstützung bei administrativen Aufgaben, bei alltäglichen Arbeiten, beim Erlernen und Optimieren des selbstbestimmten Wohnens, bei der Freizeitgestaltung, bei der Sicherstellung der Teilhabe an der Gemeinschaft, bei der Budgetplanung u.a. Bei dezentralen Wohnformen geht es in den Augen der Autorin um die Hilfe zur Selbsthilfe. Das Ziel von dezentralen Wohnangeboten ist eine ressourcenorientierte sowie individuelle Begleitung und Unterstützung ausserhalb von institutionellen Strukturen.

## 2.2 Geistige Behinderung

Der Begriff geistige Behinderung hat keine eindeutige Definition. In der Literatur gibt es keinen Konsens darüber, was eine Behinderung ist. Ein möglicher Grund dafür äusserte Speck (1999). Er meint, dass durch eine Definition ein Begriff endgültig festgelegt wird und dies ein grosser und endgültiger Schritt sei, der schwer zu machen ist (S.39). Der Behinderungsbegriff hat sich in den letzten Jahren inhaltlich stark verändert. Der Umgang mit Behinderungen wie auch die Vorstellung davon, was eine Behinderung ist, änderten sich. Früher wurde angenommen, dass eine Behinderung ansteckend sei, deshalb ging man diesen Menschen aus dem Weg und grenzte sie aus. Eine Behinderung wurde rein medizinisch betrachtet. Der Begriff Behinderung wurde eingeführt, damit die Bezeichnungen für Menschen, welche durch körperliche, geistige oder psychische Beeinträchtigungen auffielen, nicht mehr als schwachsinig, blödsinnig oder idiotisch bezeichnet wurden. Später wurde eingeführt, dass der Begriff Behinderung weiter unterteilt werden kann wie in geistige, körperliche, psychische, Lern- oder Mehrfach-Behinderung (Reinhilde Stöppler, 2017, S. 16-17).

Heute wird Geistige Behinderung unterschiedlich definiert, je nach dem Blickwinkel, aus dem die geistige Behinderung betrachtet wird. Aus diesem Grund wurden Definitionen von verschiedenen Blickwinkeln zusammengestellt. In dieser Arbeit geht es nicht darum, einige Menschen mit geistiger Behinderung aufgrund dessen Definition von der Arbeit auszuschliessen, sondern allen Menschen, welche als geistig behindert zählen, egal von welchem Blickwinkel betrachtet, ein Anrecht auf eine geeignete Wohnform zuzugestehen. Aus diesem Grund wird der Begriff geistige Behinderung im folgenden Abschnitt aus verschiedenen Richtungen definiert.

### 2.2.1 Medizinische Perspektive

Medizinisch gesehen kann eine geistige Behinderung durch folgende drei Ursachen erklärt werden: Eine geistige Behinderung kann verursacht werden durch eine Abweichung der Chromosomenzahl oder Chromosomenstruktur. Das bekannteste Beispiel dafür ist Trisomie 21. Menschen mit Trisomie 21 besitzen das Chromosom 21 drei- anstatt zweimal (Stöppler, 2017, S. 30-32). Auch eine Störung des Stoffwechsels kann eine geistige Behinderung auslösen. Störungen im Stoffwechsel kommen durch Genmutationen zustande, welche auf ein oder mehrere Gene gleichzeitig einwirken. Dies hat zur Folge, dass der Körper giftige Produkte nicht abbauen kann. Durch die Ansammlung im Körper kann es zu einer Hirnschädigung kommen, welche zu einer geistigen Behinderung führen kann (Stöppler, 2017, S. 33-35). Zudem können geistige Behinderungen verursacht werden durch Umweltfaktoren vor (pränatal), während (perinatal) oder nach (postnatal) der Geburt. Pränatale Ursachen können Entwicklungsstörungen sein, die das Wachstum und die Reifung der Organe beeinträchtigen und zu Reifungs- und Funktionsbeeinträchtigungen führen können. Auch Erkrankungen der Mutter, biologische Einflüsse, Infektionen, Strahlungen oder Gifte wie Drogen, Alkohol oder Medikamente können die pränatale Entwicklung beeinflussen und zu geistigen Behinderungen führen. Die Art und die



Stärke der Schädigung ist abhängig von der Schwangerschaftswoche, in welcher die Störung oder Belastung auftritt. Perinatale Ursachen treten während der Geburt auf. Frühgeburten oder Komplikationen während der Geburt wie Sauerstoffmangel können ebenfalls eine geistige Behinderung zur Folge haben. Postnatale Ursachen treten nach der Geburt und im Verlaufe eines Lebens auf. Zu einer geistigen Behinderung können Entzündungen des zentralen Nervensystems, der Hirnhäute, des Hirngewebes oder des Gehirns führen. Zusätzlich können Unfälle, wie beispielsweise die Folgen von Schädel-Hirn-Traumas, als Ursache für eine geistige Behinderung gedeutet werden (Stöppler, 2017, S. 35-39). Aus medizinischer Perspektive wird eine Behinderung als eine Abweichung des Körpers aufgrund einer der eben benannten Ursachen definiert. Wenn diese Ursachen Auswirkungen auf den mentalen Bereich mit sich bringen, kann aus Sicht der Medizin von einer geistigen Behinderung gesprochen werden (Stöppler, 2017, S. 29).

### 2.2.2 Psychologische Perspektive

Ein weit verbreitetes Verständnis von geistiger Behinderung stammt aus dem psychiatrischen Bereich. Dabei wird angenommen, dass ein Mensch eine geistige Behinderung hat, wenn die kognitive Leistungsfähigkeit tiefer ist als bei Menschen ohne Behinderung. Durch Tests wird die Höhe des Intelligenzquotients (IQ) bestimmt. Ist dieser zu tief, wird eine Person als geistig behindert eingestuft. Bei einem IQ unter 80 gilt die Person als lernbehindert, jedoch noch nicht als geistig behindert. Personen, dessen Intelligenzquotient unter 70 ist, werden aus psychologischer Sicht als geistig behindert bezeichnet. Durch die Höhe des IQ's kann auch der Grad der geistigen Behinderung ermittelt werden (Stöppler, 2017, S. 23-24). Es wird unterschieden zwischen leichter, mittlerer, schwerer und schwerster Intelligenzminderung. Bei den Tests zur Ermittlung des IQ's werden weder kulturelle noch soziale Faktoren miteinbezogen. Obwohl der Intelligenzbegriff aufgrund seiner Uneindeutigkeit häufig in der Kritik steht, hat sich dieses Modell der Bestimmung von geistiger Behinderung bis heute durchgesetzt (Stöppler, 2017, S. 25).

### 2.2.3 ICF

Im Jahr 2001 stellte die WHO die internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) vor, welche sich heute in der Praxis etabliert hat. Es wurde entwickelt, um das Vorgängermodell ICD zu ergänzen, da dieses viele strukturelle Mängel aufwies und zum Beispiel die Bedeutung des sozialen Umfeldes bei der Betrachtung einer Behinderung nicht miteinbezog (Michael Schuntermann, 2016, S. 477). ICF ist das erste Modell, welches einen Perspektivenwechsel vornimmt und den Menschen selbst wie aber auch seine Umwelt miteinbezieht. ICF spricht genau dieser Wechselwirkung zwischen dem Menschen und der Umwelt eine grosse Bedeutung zu. Beim ICF stehen nicht gewisse Verhaltensmuster einer Person oder die Person selbst im Zentrum, sondern die gesamte Situation mit dessen Auffälligkeiten und Komplexität. Eine Behinderung wird nicht als personenabhängig betrachtet,

sondern als situationsabhängig (Wolfram Kulig, Georg Theunissen & Ernst Wüllenweber, 2006, S. 123). Mit dem ICF kann der Zustand der funktionalen Gesundheit einer Person beschrieben und dokumentiert werden (Schuntermann, 2016, S. 477). Im Mittelpunkt des ICF stehen folgende Elemente: Partizipation, Aktivität, Körperstruktur und Körperfunktion, Gesundheitsprobleme und Kontextfaktoren (Kulig, Theunissen & Wüllenweber, 2006, S. 123).

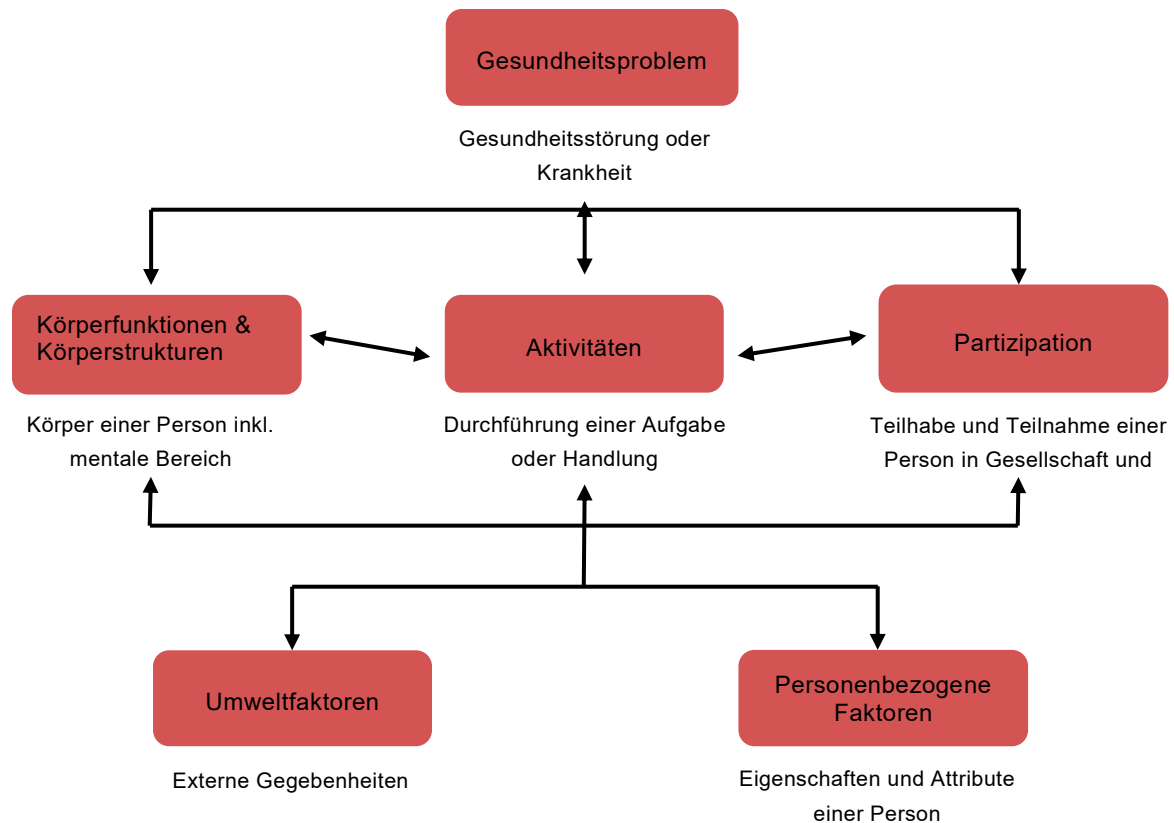


Abbildung 2: Elemente des ICF-Modells, (Quelle: leicht modifiziert nach dem deutschen Institut für medizinische Dokumentation und Information, 2005, S. 23)

Wie der Grafik zu entnehmen ist, stehen die Elemente des Modells in Wechselwirkung zueinander. Das Ergebnis dieser Wechselwirkung ist laut ICF der Zustand der funktionalen Gesundheit. Wenn dieses Ergebnis negativ ausfällt und mindestens ein Element nicht der Norm entspricht, wird dies als eine Behinderung definiert. Durch dieses Modell können Perspektiven für das pädagogische Handeln aufgezeigt werden, da der Mensch als bio-psycho-soziales Wesen betrachtet wird und somit die unterschiedlichen Elemente bei der Person mit dessen Wechselwirkungen in die Arbeit miteinbezogen werden (Schuntermann, 2016, S. 477-478). Das Modell ist verständlich für Professionelle wie auch für nicht Professionelle und ist eine Art gemeinsame Sprache zwischen Fachleuten von verschiedenen Disziplinen. Es zeigt unterschiedliche Sichtweisen des Begriff Behinderung auf und schafft es, die verschiedenen Einflüsse miteinander zu kombinieren und Wechselwirkungen von diesen aufzudecken. (Kulig, Theunissen & Wüllenweber, 2006, S. 126). Bei der Betrachtung des ICF-Modells fällt auf, dass es nicht zwischen verschiedenen Arten von Behinderungen unterscheidet. Das ICF-Modell definiert demnach nicht, was eine geistige Behinderung ist. Es zeigt auf, in welchen Bereichen eine Person

unterstützt und begleitet werden sollte, welche Faktoren eine Behinderung ausmachen und wo Möglichkeiten bestehen, damit Menschen mit Behinderungen auf Herausforderungen reagieren können, mehr Teilhabe erlangen können und an weniger Barrieren stossen müssen (Kulig, Theunissen & Wüllenweber, 2006. S. 123-126).

#### 2.2.4 Ressourcenorientierte Perspektive

Der folgende Definitionsversuch von Osbahr (2003) überwindet die defizitorientierte Sichtweise und sieht die geistige Behinderung als Kompetenz eines Menschen:

«Mit dem Begriff «geistig behindert» werden Menschen (von anderen Menschen) bezeichnet, welche aufgrund bestimmter Ausgangsbedingungen ungenügend in ihre vielschichtigen Mensch-Umwelt-Systeme integriert sind, und deren soziale Beziehungen durch soziale Abhängigkeit und Fremdbestimmung charakterisiert werden können.

Die angesprochenen Ausgangsbedingungen so genannter geistig behinderter Menschen lassen sich durch Beeinträchtigungen (primär) der kognitiven Funktionen und der diesbezüglichen Entwicklung kennzeichnen, hinter denen eine Schädigung angenommen wird. In der Folge können weitere Funktionsbereiche betroffen sein. Jede als geistig behindert bezeichnete Person verfügt über einzigartige Fähigkeiten, ihre spezifischen Ausgangs- und Randbedingungen (zum Beispiel körperlicher und sozialer Art) in die Lebensvollzüge und Austauschprozesse mit ihrem Milieu zu integrieren, so effektiv zu handeln und – als komplexes sinnbezogenes System – strukturelle Koppelungen mit anderen Personen bzw. Systemen einzugehen. So kann geistige Behinderung als Ausdruck einer Kompetenz gesehen werden». (S. 119)

In diesem Definitionsversuch wird die Individualität jedes Menschen als Phänomen beschrieben, welche viele Fähigkeiten besitzen und sich auch stetig weiterentwickeln können. Diese Definition von geistiger Behinderung weicht von der oftmals verwendeten Definition ab und bezeichnet Menschen mit Behinderungen nicht als abhängig, unselbständig und eingeschränkt, sondern stellen die Stärken und Vorzüge ins Zentrum und sehen eine geistige Behinderung als Kompetenz.

#### 2.2.5 Zusammenfassung

Im vorgangenen Abschnitt wurde der Begriff Behinderung von verschiedenen Seiten beleuchtet. Die medizinische Sicht beschreibt eine geistige Behinderung als ein individuelles Problem einer Person, da der Körper dieser Person dauerhaft geschädigt ist. Die psychologische Perspektive spricht von einer geistigen Behinderung, wenn die kognitive Leistungsfähigkeit einer Person zu tief ist. Das ICF-Modell beschreibt Menschen mit einer geistigen Behinderung unter Einbezug der biologischen, psychologischen und sozialen Aspekte. Der etwas andere Definitionsversuch beschreibt eine geistige Behinderung als Zuschreibung von anderen Menschen, da sie exkludiert und fremdbestimmt werden. Zusätzlich gibt es noch zahlreiche

weitere Sichtweisen und Definitionen über die geistige Behinderung. Zusammenfassend zu erwähnen ist, dass sich das Verständnis von geistiger Behinderung in den letzten Jahrzehnten verändert hat. Es ging von einem rein medizinischen Verständnis über zu einem Verständnis, in welchem soziale Konstruktionen ihre Wichtigkeit erhalten.

## 3 Gesetzliche Grundlagen

---

Die Gesetze der Schweiz gelten für alle Menschen, welche sich in der Schweiz befinden – so auch für Menschen mit einer geistigen Behinderung. Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 (SR 101) erwähnt gezielt auch Menschen mit Behinderung, um klarzustellen, dass die Gesetze auch für diese Menschen gelten. Gemäss Artikel 8 der Bundesverfassung sind alle Menschen vor dem Gesetz gleich (Art. 8. Abs. 1. BV). Im Absatz 2 wird diese Rechtsgleichheit folgendermassen präzisiert: «Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung» (Art. 8. Abs. 2. BV). Im Absatz 4 folgt der Auftrag vom Bund an die Kantone, dass sie verpflichtet sind, Massnahmen zu ergreifen, um Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen zu beseitigen (Art. 8. Abs. 4. BV). Dieser Auftrag an die Kantone zur Bereitstellung von Wohnangeboten für Menschen mit Behinderungen besteht seit 2008 durch die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA). Infolge dieser Aufgabenteilung unterscheiden sich die Angebote von Kanton zu Kanton (Fritschi et al. 2019, S. 4).

In den vergangenen Jahren zeigte sich, dass die vorhandenen Gesetze nicht genügen, damit alle Rechte der Menschen mit Behinderung eingehalten und respektiert werden. Es wurde klar, dass es zusätzliche internationale und nationale Gesetze und Verordnungen benötigt. Diese sind auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen angepasst. Ihnen soll die gleichberechtigte Teilhabe am Leben ermöglicht werden. Aus diesem Grund gibt es einige Gesetze und Verordnungen, um Diskriminierungen zu verkleinern und eine Gleichstellung von Menschen mit und ohne Behinderung zu erreichen (insieme, ohne Datum b). Relevant in Bezug auf das selbständige Leben von Menschen mit geistiger Behinderung sind die Behindertenrechtskonvention und das Behindertengleichstellungsgesetz. Zusätzlich ist der Assistenzbeitrag relevant. Der Assistenzbeitrag ist eine Gesetzgebung auf Basis der Leistungsverwaltung und wird vorgestellt, da er eine besondere Bedeutung mit Blick auf die Selbstbestimmung und Normalisierung hat. Diese drei relevanten Gesetze sind eine Auswahl von vielen, welche in der Schweiz gültig sind. Sie werden im nächsten Teil der Arbeit vorgestellt.

### 3.1 Behindertenrechtskonvention BRK

Seit 2002 arbeiteten Menschen mit Behinderung und Menschen ohne Behinderung an der Ausarbeitung der Behindertenrechtskonvention (BRK). Nach dem Motto «Nichts über uns ohne uns» entstand die Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung, welche seit dem 15. Mai 2014 in der Schweiz in Kraft getreten ist. Damit verpflichtete sich die Schweiz zu einer inklusiven Gesellschaft (Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, 2006, SR 0.109). Die BRK ist ein völkerrechtlicher Vertrag und basiert auf den internationalen

Menschenrechtsabkommen (UN-Behindertenrechtskonvention, ohne Datum). Die BRK geht davon aus, dass eine Behinderung aus der Wechselwirkung zwischen Menschen mit Behinderung und Einschränkungen im täglichen Leben mit der Gesellschaft entsteht. Mit dieser Aussage wird deutlich, dass die BRK davon ausgeht, dass eine Behinderung nicht nur aufgrund von körperlichen, geistigen, psychischen oder Sinnesbeeinträchtigung zustande kommt (Alexandra Caplazi, 2016, S. 95-96).

Die Mitgliedsstaaten der BRK verpflichten sich, die Chancengleichheit für Menschen mit einer Behinderung sicherzustellen, Menschen in allen Lebensbereichen eine unabhängige Lebensführung zu ermöglichen und ihnen die Integration in die Gesellschaft sicherzustellen. Sie müssen Massnahmen einleiten, damit die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen verhindert wird und gegen Vorurteile kämpfen (Caplazi, 2016, S. 96-97). Durch die BRK sollen alle Menschen mit Behinderungen die Menschenrechte und Grundfreiheiten anerkannt erhalten. In der BRK sind Grundsätze der Menschenrechte beinhaltet, wie auch Definitionen und Ziele von Menschen mit Behinderungen. Die Konvention beinhaltet alle Lebensbereiche, worin ein Mensch diskriminiert werden kann (UN-Behindertenrechtskonvention, ohne Datum). Sie beinhaltet bürgerliche, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Rechte wie zum Beispiel das Recht auf Leben (Art. 10 BRK), das Recht auf Freiheit und Sicherheit der Person (Art. 14 BRK), das Recht auf selbstbestimmte Lebensführung (Art. 19 BRK) und das Recht auf Achtung der Privatsphäre (Art. 22 BRK). Die BRK fordert, dass die Würde jedes Menschen mit Behinderung anerkannt wird. Sie sollen in allen Lebensbereichen Gleichberechtigung erfahren und als rechtsfähige und einwilligungsfähige Menschen respektiert werden. Menschen mit Behinderungen sollen ein Leben ohne Diskriminierung führen (Arnold Köpcke-Dutter, 2014, S. 19-25).

Der Artikel 19 der BRK besagt, dass Menschen mit Behinderung das Recht auf eine unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft haben (Art. 19 BRK). Menschen mit Behinderungen sollen wie Menschen ohne Behinderungen die unabhängige und gleichberechtigte Wahlmöglichkeit in Bezug auf den eigenen Aufenthalts- und Wohnort haben, egal in welcher Wohnform. Auch sollen sie in der Gemeinschaft leben dürfen und sie dürfen nicht verpflichtet werden in besonderen Wohnformen zu leben. Dieses Recht soll gewährleistet werden, indem die Schweiz sicherstellt, dass Menschen mit Behinderungen ihren Aufenthaltsort wählen dürfen und auch selbstständig bestimmen dürfen, mit wem und wo sie leben wollen. Sie sollen nicht in Zwangsgemeinschaften leben müssen, sondern sich ihre Mitbewohnenden selber aussuchen dürfen, falls sie nicht alleine leben möchten. Die Wohnform soll ihnen von niemandem vorgeschrieben werden (Art. 19 Abs. a. BRK). Zudem soll Menschen mit Behinderung der Zugang zu Unterstützungsdiensten sichergestellt werden und zwar von zu Hause aus, sowie in Einrichtungen und auch bei der persönlichen Assistenz (Art. 19 Abs. b. BRK). In diesem Absatz wird abschliessend gefordert, dass für die Allgemeinheit von Menschen mit Behinderung gemeindenahe Dienstleistungen und Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden, so dass die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung befriedigt werden können (Art. 19 Abs. c. BRK) (Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, 2006, SR 0.109).

2016 hat der Bundesrat den Stand der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention in einem Initialstaatenbericht beschrieben. Diesem ist zu entnehmen, dass sich die Situation für Menschen mit einer Behinderung verbessert hat (Bundesrat, 2016, S. 7-8). Einige Behindertenorganisationen bemängeln jedoch, dass der Bundesrat lediglich auf die gesetzgeberische Ebene eingegangen ist und die Probleme bei der Umsetzung verschweigt. Behindertenorganisationen und die Zivilgesellschaft haben 2017 einen Schattenbericht erstellt, um Probleme bei der Umsetzung der Konvention aufzudecken (Inclusion Handicap, 2017, S. 8). Dieser besagt zum Bereich Wohnen, dass viele erwachsene Menschen mit geistiger Behinderung ihren Arbeitsort wie auch ihren Wohnort nicht selber wählen können. Der Auftrag der BRK in Artikel 19. «Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben mit Wahlfreiheit zu ermöglichen», wird in der Schweiz somit noch nicht zufriedenstellend umgesetzt. Viele Menschen mit Behinderungen haben keine Wahlfreiheit beim Wohnen, wie sie die BRK fordert. In diesem Bereich besteht noch grosser Handlungsbedarf (Inclusion Handicap, 2017, S. 84-87). Der Schattenbericht hält weiter fest, dass eine inklusive Schweiz noch in weiter Ferne liege. Trotz der bestehenden Rechtsgrundlage fehlt es an einer nationalen Behindertenpolitik, welche den Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben in allen Lebensbereichen zu ermöglichen versucht (Inclusion Handicap, 2017, S. 13). Der Schattenbericht wie auch der Initialstaatenbericht wurden 2017 dem UNO-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen abgegeben. Diese werden nun prüfen, wie die Situation der Schweiz verbessert werden kann (Inclusion Handicap, 2017, S. 9).

### 3.2 Behindertengleichstellungsgesetz BehiG

Seit dem Jahr 2004 gilt in der Schweiz das Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG). Dieses soll Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen verringern oder beseitigen. Das Diskriminierungsverbot in der Schweiz soll unterstützen, was im Artikel 8, Absatz 2 in der Bundesverfassung verankert ist (siehe Anfangsteil gesetzliche Grundlagen). Zusätzlich gilt als Grundlage des BehiG der Absatz 4 desselben Artikels der BV, der verlangt, dass Massnahmen zur Beseitigung von Benachteiligungen der Behinderten ergriffen werden. Gleichzeitig können sich Menschen mit Behinderungen mit dem BehiG gegen Benachteiligungen über den Rechtsweg wehren und ihr Recht einfordern. Durch das BehiG sollen Menschen mit Behinderungen in folgenden Bereichen Zugang zum gesellschaftlichen Leben erhalten:

- Bauten und Anlagen,
- Öffentlicher Verkehr,
- Dienstleistungen,
- Schulen,
- Aus- und Weiterbildungen,
- Beschäftigung beim Bund.

Das BehiG nimmt den Bund, die Kantone und die Gemeinden in die Pflicht, sodass die Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen verhindert, beseitigt oder verringert werden (Behindertengleichstellungsgesetz, 2002, SR 151.3).

### 3.3 Assistenzbeitrag

Wenn es um das selbständige Wohnen von Menschen mit einer Behinderung geht, denken viele, dass dies dank dem Assistenzbeitrag für alle möglich sei. Der Assistenzbeitrag wurde nach einer Pilotphase in der Schweiz eingeführt. Dieser Beitrag ermöglicht volljährigen Personen mit einer Behinderung, die eine Hilflosenentschädigung der Invalidenversicherung (IV) beziehen, eine finanzielle Unterstützung, um selbständig zu wohnen und ein Leben in gesellschaftlicher Teilhabe zu leben (AHV-IV, ohne Datum). Beim Wohnen mit Assistenz übernimmt die assistenzleistende Person die Aufgaben, welche die Person mit Behinderung nicht selbständig ausführen kann. Das Ziel des Assistenzbeitrages ist die Erhöhung der Selbstbestimmung und die Verbesserung der Lebensqualität der Bezügerinnen und Bezüger. Der Assistenzbeitrag ist in der Verordnung über die IV in Artikel 39 und in Artikel 42 des Bundesgesetzes über die IV geregelt. In den letzten Jahren zeigte sich, dass viele Menschen durch den Assistenzbeitrag profitieren – vor allem Menschen mit körperlichen Behinderungen (Proinfimis, ohne Datum). Der Assistenzbeitrag ermächtigt Menschen mit einer Behinderung die Rolle als Experte oder Expertin ihres eigenen Lebens zu übernehmen. Sie können durch persönliche Assistenz Selbstbestimmung erfahren und sich selber verwirklichen. Sie erhalten von der Sozialversicherung Geld, mit dem sie den Assistenten oder die Assistentin anstellen können und somit sind sie der Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin ihrer Assistenzperson. Die Assistenzgebende Person kann nach individuellen Kriterien und persönlichen Bedürfnissen die persönliche Assistenz wählen. Die Anstellung wird vertraglich festgehalten. Durch den Assistenzbeitrag werden oft Familienangehörige entlastet. Assistenzpersonen haben das passende Gleichgewicht zwischen Fremd- und Selbstbestimmung zu finden und die assistenznehmenden Personen als Experten oder Expertin über ihr eigenes Leben wahrzunehmen. Dieses fachliche Umdenken ist oft schwierig, da viele Fachpersonen im Kopf haben, dass sie wissen, was das Beste für ihr Gegenüber sei (Proinfimis, ohne Datum). Menschen, welche mit Assistenz leben, erreichen in der Regel eine höhere Lebensqualität. Sie können neue Kompetenzen erwerben und oft reduzieren sich auffällige Verhaltensweisen (Falk, 2016, S. 48).

Der Assistenzbeitrag ist auch relevant in Bezug auf die Behindertenrechtskonvention, denn dieser legt fest, dass Menschen mit Behinderungen ihre Wohnform selbst wählen können. Mit dem Assistenzbeitrag würden neue Wohnformen auch für Menschen mit einer geistigen Behinderung zugänglich werden. Die persönliche Assistenz ist für Menschen mit einer geistigen Behinderung eine wichtige Ressource, die sie bei einer selbstbestimmten Lebensgestaltung unterstützen kann. Es bestehen jedoch immer noch Zugangsbeschränkungen zum Assistenzbeitrag. Zum Beispiel kann die Assistenz nicht durch Familienangehörige ausgeführt werden.



Familienangehörige können nicht bezahlt werden, obwohl sie oft enge Bezugspersonen sind. Zudem scheitern viele interessierte Personen am grossen administrativen Aufwand der Anmeldung. Für Menschen mit einer geistigen Behinderung sind die Zugangshürden oft zu hoch. Für die Gesuchstellung des Assistenzbeitrages benötigen sie viel Unterstützung. Ohne diese entsprechende Unterstützung werden sie vom Assistenzmodell ausgeschlossen. Zudem können viele Menschen mit geistiger Behinderung nicht vom Assistenzbeitrag profitieren, da dieser eng an das Arbeitgebermodell geknüpft ist und sie auf dem ersten Arbeitsmarkt tätig sein müssen, was viele Menschen mit geistigen Behinderungen nicht sind. Personen, welche an einem geschützten Arbeitsplatz arbeiten, erhalten Kürzungen der Ansätze. Normalerweise wird einer Person, die in einer Institution mit einem geschützten Arbeitsplatz arbeitet, 10% pro Tag abgezogen. Dies führt oft dazu, dass Menschen in einer Institution wohnhaft sind, obwohl sie den Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben haben. Für Menschen mit Behinderung mit hohem Unterstützungsbedarf reicht der Assistenzbeitrag nicht aus, da er ein Maximum an Stunden vorgibt, die die benötigte Unterstützung dieser Menschen nicht abzudecken vermag. Das Assistenzmodell schliesst dadurch gewisse Menschen mit Behinderungen bereits im Vorhinein vom Beitritt aus (Proinfirmis, ohne Datum).

### 3.4 Zusammenfassung

Die BRK und das BehiG zeigen, welche Möglichkeiten Menschen mit Behinderungen in den nächsten Jahren erhalten sollen. Es ist eine klare Richtung zu erkennen, in welche sich der Behindertenbereich laut der Gesetzgebung entwickeln wird. Menschen mit Behinderungen sollen mehr Verantwortung übernehmen dürfen, mehr Entscheidungsmöglichkeiten erhalten, gleichberechtigter werden und mehr in die Gesellschaft miteinbezogen werden. Grob gesagt soll das Leben von Menschen mit Behinderungen sich den Möglichkeiten, Chancen und Rechten von Menschen ohne Behinderungen annähern. Damit der Artikel 19 der BRK in die Praxis etabliert werden kann, benötigt es neue Wohnformen. Denn nur mit neuen Wohnformen können Menschen mit geistiger Behinderung zukünftig selbständig auswählen, wie, wo und mit wem sie leben möchten. Nebst den Wohnformen muss zukünftig auch die Finanzierung dieser Wohnmöglichkeiten und die Begleitung und Unterstützung in den neuen Angeboten sichergestellt werden. In der Studie «Bestandsaufnahme der Wohnangebote für Menschen mit Behinderungen» fällt auf, dass im Bereich der Finanzierung einer eigenen Wohnungklärungsbedarf besteht. Die Aufgabenzuständigkeiten und Finanzierungsfragen seien nicht klar geregelt und nicht gut genug aufeinander abgestimmt (Fritschi et al. 2019, S. 7). Der Assistenzbeitrag zeigt eine Möglichkeit der Finanzierung auf. Für Menschen, welche auf dem ersten Arbeitsmarkt tätig sind und eine körperliche Behinderung haben, ist der Assistenzbeitrag sicherlich eine grosse Möglichkeit. Denn damit können sie ein selbständiges Leben mit der selbst gewünschten Unterstützung leben. Damit auch Menschen mit geistiger Behinderung vom Assistenzbeitrag profitieren können, muss dieser für sie zugänglich werden.

## 4. Wohnformen

---

Menschen mit Behinderungen sollen ihren Wohnort und ihre Wohnform selber bestimmen dürfen. Dies im letzten Abschnitt der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen gefordert (Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, 2019, S. 1). Die Forderung nach selbstbestimmten Leben ist in den letzten Jahren gewachsen. Monika Seifert (2006) geht davon aus, dass der Wohnort die Befriedigung der Grundbedürfnisse, wie die Bedürfnisse nach Sicherheit, Geborgenheit und Schutz, sicherstellen sollte (S. 386). Thesing (2009) ergänzt diese Aufzählung und geht davon aus, dass zu den Wohnbedürfnissen eines Menschen auch der Wunsch nach Vertrautheit, der Möglichkeit der Selbstverwirklichung, das Bedürfnis nach Kommunikation wie der Wunsch nach Selbstdarstellung zählen (S. 31-41). Zudem kann durch die Gestaltung des eigenen Wohnraumes der Wohlfühlfaktor erhöht werden und das Bedürfnis zur Selbstverwirklichung gestillt werden (Seifert, 2006, S. 376-378). Gleichzeitig sehen viele ihren Wohnort als Rückzugsort, Erholungsort und als Treffpunkt an. Hier können sie Freunde und Familie einladen, interaktiv mit benachbarten Personen sein, den Alltag mit Mitbewohnenden teilen oder die Zweisamkeit mit ihrem Partner oder ihrer Partnerin geniessen (Thesing, 2009, S. 9). Viele Menschen mit geistiger Behinderung können diese Bedürfnisse nicht befriedigen, da sie keine Möglichkeit haben in der selbst gewünschte Wohnform zu wohnen (Seifert, 2006, S. 376-378).

Im Moment gibt es in der Schweiz ambulante Angebote, welche sehr gefragt sind. Jedoch überwiegen die stationären Angebote. In der Schweiz leben 25'836 (Stand 2015) Menschen mit geistiger Behinderung in einer Institution (Tobias Fritschi et al. 2019, S. 25 & 49). Vor allem Menschen mit geistigen Behinderungen wohnen grösstenteils in stationären Einrichtungen (Franziska, Stocker, 2016, S. 7-10). Bis vor kurzem war die Datenlage über den Wohnbereich von Menschen mit Behinderungen ungenügend dokumentiert. Vielen Interessierten und Betroffenen fehlten Informationen. Im November 2019 erschien die erste schweizweite Studie über Wohnangebote für Menschen mit Behinderungen. Das Bundesamt für Sozialversicherungen BSV veröffentlichte diese von der Berner Fachhochschule – Departement Soziale Arbeit erstellte Studie. Diese kann unter dem Namen: Bestandsaufnahme des Wohnangebots für Menschen mit Behinderungen auf der Webseite «[www.bsv.admin.ch](http://www.bsv.admin.ch)» unter «Forschungspublikationen» aufgerufen werden. Diese Studie gibt einen aktuellen Überblick über den Bestand der Wohnangebote für Menschen mit Behinderungen, aufgeschlüsselt nach den Behinderungsarten in der Schweiz. Die Studie zeigt zudem die Entwicklung des Wohnangebotes im Vergleich der letzten Jahre. Ausserdem erläutert die Studie zentrale Aspekte der Organisation und Finanzierung (Fritschi et al. 2019, Vorwort).

Im folgenden Teil werden die bestehenden Wohnformen in der Schweiz vorgestellt und es werden Bezüge zur eben benannten Bestandsaufnahme herbeigezogen.

## 4.1 Herkunftsfamilie

Im Durchschnitt leben Menschen mit Behinderungen länger bei ihrer Herkunftsfamilie als Menschen ohne Behinderung. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Eltern ihr behindertes Kind so lange wie möglich selbst schützen wollen. Oft haben sie Angst das Kind abzugeben und in die Verantwortung anderer zu übergeben (Thesing, 2009, S. 76). In der Herkunftsfamilie fühlen sich Menschen mit Behinderungen meistens geborgen und sicher. Es besteht jedoch das Risiko, dass vor allem Menschen mit geistiger Behinderung in ihrer Meinung beeinflusst werden, da diese oft manipulierbar sind (Seifert, 2006, S. 378). Seifert (2006) beschreibt zudem die Beobachtung, dass in vielen Familien die Kinder mit Behinderungen weniger Selbstständigkeit entwickeln und dadurch nur bedingt selbstwirksam werden. Wenn die Eltern von Kindern mit Behinderungen älter werden, muss früher oder später eine weiterführende Wohnmöglichkeit gefunden werden. Dieser stellt für alle Beteiligten einen einschneidenden Schritt dar; es fällt oft schwer nach dem langjährigen Leben bei der Herkunftsfamilie in eine externe Wohnform überzugehen (S. 378-379).

## 4.2 Stationäre Institution

Gesamtschweizerisch betrachtet leben 24'710 Menschen mit Behinderungen in Institutionen (Stand 2015). Dies entspricht 0.4% der Gesamtbevölkerung (Fritschi et al. 2019, S.VI+VII).

Region	Zentral-schweiz	Nordwest-schweiz	Ost-schweiz	Lateinische Schweiz	Gesamt	Quelle	Jahr
<i>Institutionelle Wohnangebote, Typologie A und B</i>							
Plätze in Institutionen mit Erwachsenen mit IV-Leistung (IVR, HE)	1'802	8'832	8'175	5'901	24'710	SOMED	2015
Entwicklung stationäre Wohnplätze für Menschen mit IVR/HE von 2011 bis 2015	6.4%	6.5%	3.3%	3.9%	4.8%	SOMED	2011 - 2015
Anteil Wohnplätze mit Beschäftigung	50.6%	44.2%	36.4%	46.2%	42.6%	SOMED	2015
Anteil Wohnplätze mit höherer Autonomie (Typ B)	58.1%	39.4%	45.4%	33.4%	41.8%	IVSE	2018
Grösse der Institutionen (Wohnplätze)	45.1	35.5	47.5	39.4	40.7	IVSE	2018
Quote pro 1'000 Einwohner/-innen: Klient/-innen institutionelles Wohnen mit IVR/HE	3.9	4.6	4.1	3.2	4.0	SOMED	2015

Abbildung 3: Wichtigste Indikatoren zum Wohnangebot für Menschen mit Behinderungen (Quelle: gekürzt basierend auf Fritschi, 2019, S.VI)

Stationäre Institutionen organisieren oft die Bereiche Wohnen, Arbeit, Bildung und Freizeit, sowie die medizinische Versorgung für eine Person mit Behinderung. Nicht selten werden diese Bereiche ausserhalb der Gesellschaft ohne Behinderung aufgebaut. Somit leben Menschen mit Behinderung oft in ihrer eigenen Welt, welche für sie geschaffen worden ist (Thesing, 2009, S. 79). Annedore Prengel (2006) ergänzt dazu, dass aufgrund der strukturell vorgegebenen Bedingungen die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft nur begrenzt möglich ist. Es bestehen

oft unsichtbare Mauern zwischen stationären Institutionen und der Gesellschaft (S.98). Stationäre Einrichtungen geben oft Wohngruppengrößen und Wohnstrukturen vor. Wird ein Wohnplatz frei, versucht die Einrichtung diesen so schnell wie möglich neu zu besetzen. Neue Bewohner\*innen dürfen die zukünftigen Mitbewohnenden nicht selbst aussuchen, da sie oft froh sind einen Wohnplatz zu finden. Meist leben verschiedene Charaktere mit unterschiedlichen Bedürfnissen in einer Wohngruppe. Für das Betreuungspersonal ist es anspruchsvoll, allen individuellen Bedürfnissen der Bewohner\*innen gerecht zu werden. Bewohner\*innen können bei der Auswahl von neu angestellten Betreuenden meist nicht mitbestimmen, obwohl ihnen diese sehr nahestehen und auch nicht selten in ihre Privatsphäre eingreifen (Seifert, 2006, S.379). Die Selbstbestimmung wird je nach Struktur der Institution mehr oder weniger gefördert. Da stationäre Institutionen oft zentral versorgt werden, fallen alltägliche Tätigkeiten wie das Reinigen der Wohnung oder das Einkaufen aus. Ein Vorteil beim Wohnen in einer Institution ist, dass immer jemand anwesend ist und Unterstützung bieten kann. Dies verkleinert auch die Isolationsgefahr (Seifert, 2006, S. 380). Viele Menschen mit Behinderungen bleiben in stationären Institutionen wohnhaft, da dadurch die Finanzierung geregelt und gesichert ist. Bei dezentralen Angeboten treten öfters Finanzierungslücken auf (Fritschi et al. 2019, S. 19).

In der Schweiz bestehen noch wenig ambulante und kaum dezentrale Wohnmöglichkeiten. Die vorhandenen Angebote sind meist auf Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen oder Menschen mit körperlichen Behinderungen zugeschnitten. Aus diesem Grund ist die Auswahl für Menschen mit geistiger Behinderung so klein, dass viele keine Chance darin sehen, einen gewünschten dezentralen Wohnplatz zu erhalten. Auch für Beistände und Beiständinnen von Menschen mit geistiger Behinderung bietet die stationäre Einrichtung viele administrative Vorteile. Oft werden alle nötigen Dienstleistungen von der stationären Institution organisiert. Ein weiterer Grund für das Verbleiben in der Institution sehen viele darin, dass sich Menschen mit Behinderungen das Leben in anderen Wohnformen nicht vorstellen können (Fritschi et al. 2019, S. 19).

### 4.3 Sprungbrettwohnung

Äussert eine Person den Wunsch von einer Institution in eine eigene Wohnung zu ziehen, kann dies mit dem Wohnen in einer Sprungbrettwohnung getestet werden. Dabei zieht die betroffene Person für eine begrenzte Zeit in eine eigene Wohnung oder in eine Wohngemeinschaft, um das selbständige Wohnen zu testen. In dieser Testphase werden die Personen meist von einem Wohncoaching unterstützt oder begleitet. In dieser Zeit kann die betroffene Person selber den Entscheid fällen, ob das Austreten aus der Institution oder das Ausziehen aus dem Elternhaus das Geeignete und Gewünschte für sie ist. Gleichzeitig können Begleit- und Betreuungspersonen sowie auch Angehörige erkennen, ob der Auszug aus der Institution oder aus dem Elternhaus in eine dezentrale Wohnform realisiert werden kann. Da die Zeit in einer Sprungbrettwohnung begrenzt ist, muss danach eine Anschlusslösung gefunden werden, wobei es

vorkommen kann, dass die gewünschte Wohnform nicht bezahlbar oder nicht verfügbar ist (Franziska Stocker, 2016, S.10). Beim Übergang in eine eigene Wohnung kann die Person mit geistiger Behinderung durch Wohncoaching oder Wohntraining begleitet werden. Zurzeit leben 454 Menschen (Stand 2016) mit geistiger oder Lern-Behinderung mit einer solchen Begleitung. Dies sind ein Viertel (24,4%) aller Menschen, die begleitetes Wohnen in Anspruch nehmen (Fritschi, 2019, S. 58).

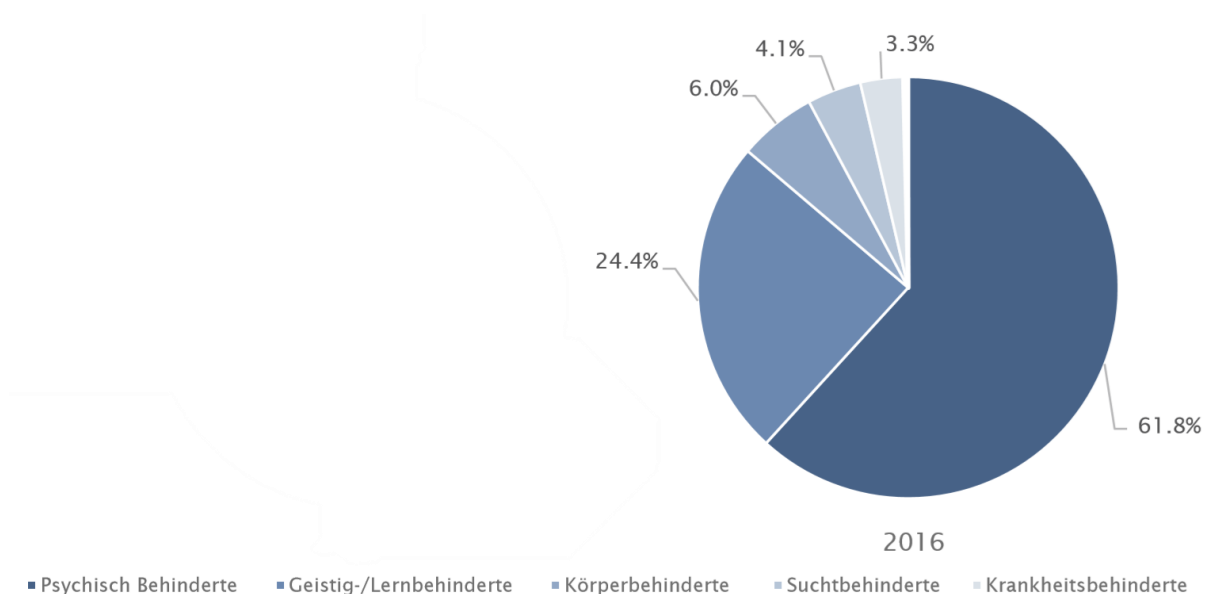


Abbildung 4: Anteile Behinderungsarten bei begleitetem Wohnen (Quelle: gekürzt, basierend auf Fritschi, 2019, S. 58)

## 4.4 Dezentrale Wohnformen

Dezentrale Wohnangebote können aus dem Leben in einer eigenen Wohnung bestehen oder aus dem Zusammenleben von mehreren Menschen mit Behinderungen oder von Menschen mit und Menschen ohne Behinderungen. Dezentrale Wohnformen werden individuell vor Ort organisiert. Die Finanzierung solcher Angebote ist oft schwierig. Für den einen Teil (IV-Leistungen, Assistenzbeitrag, Krankenversicherung und begleitetes Wohnen) ist der Bund zuständig. Für den anderen Teil (institutionelle Wohnplätze, Ergänzungsleistungen) bezahlt der Kanton. Die Finanzierung der dezentralen Wohnformen kann zu Problemen führen. Eine mögliche Auswirkung sind Finanzierungslücken (Inclusion Handicap, 2016, S: 10-11). Personen, welche in dezentrale Wohnformen ziehen wollen, haben alltagspraktische Fähigkeiten mitzubringen. Wer es schafft in einer dezentralen Wohnform wohnhaft zu sein, profitiert von einer selbstbestimmten Alltagsgestaltung und mehr Teilhabe (Seifert, 2006, S. 380). Sie erhalten oft mehr Privatsphäre als beim Wohnen in der Herkunftsfamilie oder in einer Institution. Sie lernen Hilfe zur Selbsthilfe und erhalten einen Ort, um Freunde einzuladen oder mit dem Partner oder der Partnerin Zeit zu zweit verbringen zu können (Seifert, 2006, S. 381). Zudem eröffnen sich neue Lernfelder und diese Menschen können neue Verantwortungen übernehmen. Menschen, welche in dezentralen Wohnangeboten leben, sind für ein selbstbestimmtes Leben oft auf gemeindenahe Unterstützungsdienste angewiesen. Diese fehlen in vielen Regionen. Wenn es solche

gibt, sind diese oft für Menschen mit geistigen Behinderungen nicht zugänglich (Hauser & Tenger, 2015, S. 33).

Die Behindertenrechtskonvention beinhaltet, dass Menschen mit Behinderung Zugang zu Unterstützungsdiensten erhalten müssen. Für Menschen mit Behinderungen müssen gemeinde-nahe Dienstleistungen und Einrichtungen zur Verfügung stehen, damit auch Menschen, welche in dezentralen Wohnformen leben, ihre Bedürfnisse befriedigen können. Beim Wohnen in einer dezentralen Wohnform richtet sich die Begleitung und Unterstützung oft nach den individuellen Bedürfnissen der Bewohnenden und erfolgt in der Regel innerhalb der eigenen Wohnung.

Der technologische Fortschritt trägt einen grossen Anteil bei, so dass heute mehr Menschen mit einer Behinderung ein selbständiges Leben in einer dezentralen Wohnform ermöglicht wird. Neu entwickelte Systeme unterstützen Menschen mit Behinderung in ihrer Selbständigkeit wie zum Beispiel das Internet. Dadurch gelangen Menschen ohne grosse motorische Fähigkeiten zu Informationen und Antworten auf ihre Fragen. Auch das Mobiltelefon ermöglicht durch die Sprachsteuerung Telefongespräche zu führen, Unterstützung anzufordern oder Sprachnachrichten zu versenden (Hauser & Tenger, 2015, S. 31-34).

Im Bereich der Wohngemeinschaften von Menschen mit Behinderungen liegen in der Schweiz noch wenige Forschungsergebnisse vor. Es gab einige Pilotprojekte von Wohnformen, in welchen Menschen mit und Menschen ohne Behinderungen zusammenlebten. Dazu wurde oft erwähnt, dass Menschen mit Behinderungen durch das Leben mit Menschen ohne Behinderungen neue Kompetenzen erwerben können. Gleichzeitig können Probleme ans Licht kommen, welche durch das Spannungsfeld von erwünschter Partnerschaft und notwendiger Verantwortung bedingt werden (Seifert, 2006, S. 380- 382). Auch im Bericht der Bestandesaufnahme des Wohnangebotes für Menschen mit Behinderungen wurden dezentrale Wohnangebote nicht explizit dokumentiert. Diese Studie unterscheidet in institutionelle und private Wohnangebote. Die privaten Wohnangebote umfassen das private Wohnen mit Betreuung und das private Wohnen mit Begleitung. Privates Wohnen mit Betreuung umfasst das Leben in einer privaten Wohnung mit selbst angestellten Assistenzpersonen. Beim privaten Wohnen mit Begleitung geht es um das Leben in der eigenen Wohnung mit Unterstützungsdienstleistungen seitens einer stationären Organisation in Rahmen von Wohncoachings oder Wohntrainings. Aus diesen Ausführungen kann geschlossen werden, dass es zurzeit kaum Angebote für dezentrale Wohnformen gibt, welche nicht zu hohe Anforderungen an die Menschen mit geistiger Behinderung wie der Assistenzbeitrag stellt aber dennoch losgelöst von institutionellen Strukturen aufgebaut ist (Fritschi et al. 2019, S. III-IV). Bei der Suche nach einer eigenen Wohnung haben es Menschen mit Behinderungen meistens schwer, da oft Vorurteile von Seite des Vermieters oder der Vermieterin vorliegen. Zudem verfügen sie oft nicht über genügend finanzielle Mittel, um eine geeignete und allenfalls auch noch barrierefreie Wohnung zu mieten (Fritschi et al. 2019, S. 7).

## 4.5 Zusammenfassung

Jede Wohnform hat ihre Vor- und Nachteile. Je nach Person und dessen individuellen Eigenschaften und Vorlieben entspricht eine Wohnform der Person oder nicht. Jeder Mensch sollte die Möglichkeiten kennen, in welchen er oder sie wohnen könnte oder möchte. Menschen, welche sich dieser Wohnformen nicht bewusst sind, sollten individuell informiert und unterstützt werden, um die passende Wohnung zu finden. Menschen, die lange in einer Institution gelebt haben, sind sich häufig nicht mehr gewohnt, selbst Entscheidungen zu treffen. Sie müssen unterstützt werden, dies (wieder) zu lernen. Solche Abklärungen und Beratungen sind aufwendig und heute leider grösstenteils nicht finanziert. Im Veränderungsprozess von der Institution in eine dezentrale Wohnform muss die Begleitung und Unterstützung gewährleistet werden. Dafür müssten jedoch genügend Angebote bereitstehen, damit die Menschen selbständig entscheiden können wo sie leben möchten.

Die Bestandsaufnahme der Wohnangebote für Menschen mit Behinderungen erstellte eine Übersicht, welche Organisationen sich auf welche Behinderungsarten spezialisieren.

	Fondazione STCA - IN- GRADO	Fragile Suisse	INSOS Schweiz	Pro Infirmis	Pro Mente Sana	ART 74	Anzahl Klient/ innen	Anzahl Dachorgani- sationen
Psychisch Behinderte			213	799	136		1'148	3
Geistig-/Lernbehinderte			60	394			454	2
Körperbehinderte		49		62			111	2
Suchtbehinderte	70					7	77	2
Krankheitsbehinderte				61			61	1
Sehbehinderte				3			3	1
Sprachbehinderte				3			3	1
Hörbehinderte				1			1	1
<b>Anzahl Behinderungsarten</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>1</b>		

Abbildung 5: Anzahl Klient/innen pro Dachorganisation und Behinderungsart vom Jahr 2016 (Quelle: Fritschi, 2019, S. 47)

Dabei fällt auf, dass es in der Schweiz lediglich zwei Organisationen gibt, welche Menschen mit geistiger Behinderung betreuen; INSOS Schweiz und Pro Infirmis (Siehe Abb. 5). Folglich ist festzustellen, dass Menschen mit geistiger Behinderung wenig Beratungsmöglichkeiten haben.

Thesing (2009) ist der Meinung, dass im Moment die Fachpersonen und die Politiker und Politikerinnen festlegen, welches die richtige Wohnform für einen Menschen mit Behinderung ist (S. 44).

## 5. Leitprinzipien der Behindertenhilfe

---

Im fünften Kapitel werden die zentralen Leitprinzipien der Behindertenhilfe vorgestellt. Anschliessend stellt die Autorin einen Bezug zur BRK her. Dabei hält sie fest, in welchen Artikeln die Umsetzung der Leitprinzipien gesetzlich gefordert werden.

Die Leitprinzipien des Behindertenbereichs veränderten sich im Verlaufe der Zeit. Veränderungen gibt es oft dann, wenn sich das Bild über Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft ändert (Stöppler, 2017, S. 69). Laurenz Aselmeier (2008) bezeichnet solche Veränderungen der Leitprinzipien als Perspektivenwechsel. Er erkannte in den letzten Jahren eine Verschiebung von der Versorgung zur Unterstützung. Einige Leitprinzipien behielten ihre Bedeutung, andere wurden abgelöst und neue kamen hinzu. Diese neuen Leitprinzipien konnten sich durchsetzen, da Menschen mit Behinderungen heute als entwicklungsfähige Individuen und gleichwertige Menschen angesehen werden (S. 56). Im Moment sind nach Einschätzungen der Autorin folgende Leitprinzipien im Fokus der Behindertenhilfe: Empowerment, Normalisierung, Lebensqualität, Selbstbestimmung, Teilhabe, Integration sowie Inklusion. Diese werden im folgenden Abschnitt vorgestellt.

### 5.1 Normalisierung

Die Leitidee der Normalisierung besteht bereits lange in der Geschichte der Behindertenhilfe. Anfangs war die Idee hinter der Normalisierung, dass das Leben von ausgegrenzten und isolierten Menschen mit geistigen Behinderungen normaler werden sollte (Stöppler, 2017, S. 74). Anfangs war die Normalisierung für Menschen mit geistiger Behinderung gedacht. Dieses Verständnis öffnete sich später für alle Menschen mit Behinderungen und allgemein für Menschen mit sozialen Benachteiligungen (Iris Beck, 2016, S. 155). Das Prinzip der Normalisierung entstand 1959 in Dänemark und verbreitete sich später mit dem Leitspruch «Ein Leben so normal wie möglich» in verschiedene Länder. Seit den 1980er Jahren ist das Normalisierungsprinzip im Bereich der Behindertenpädagogik ständig präsent (Stöppler, 2017, S. 74). Normalisierung hat zum Ziel, dass die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen vergleichbar aussehen wie diese von Menschen ohne Behinderungen (Beck, 2016, S. 155). Thesing (2009) formuliert das Ziel folgendermassen: Menschen mit Behinderungen sollen ein so normales Leben wie möglich führen können (S. 46). Aselmeier (2008) fordert durch die Normalisierung, dass jeder Mensch mit dem Standard der jeweiligen Gesellschaft leben soll (S. 47). Mit dem Prinzip der Normalisierung soll Rechtsgleichheit, Gleichbehandlung und Akzeptanz entstehen (Hans-Jürgen Pitsch, 2006, S. 224-225). Normalisierung müssen Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen erfahren. Sie sollen die Bereiche Wohnen, Freizeit und Arbeit individuell voneinander gestalten können. Ebenso muss der Wechsel des Arbeitsplatzes, Wohnortswechsel oder Änderungen im Bereich der Freizeitgestaltung ermöglicht werden. Weiter gedacht sollte das Prinzip der Normalisierung zu einer Aufhebung von starren, institutionellen



Strukturen führen, damit die eben genannten Bereiche an unterschiedliche Orte eingeholt werden können. Ziel ist ein Netzwerk aus verschiedenen Wohnformen wie stationären Wohnheimen, Aussenwohngruppen, Wohngemeinschaften und Einzelwohnungen. Innerhalb dieser Möglichkeiten sollen Menschen mit Behinderungen ihre Wohnform auswählen und auch wieder wechseln können (Pitsch, 2006, S. 226).

Bengt Nirje stellte Kriterien auf, in welchen die Lebensumstände von Menschen mit Behinderungen durch den Normalisierungsaspekt «normaler» werden sollte. Die im folgenden vorgestellten Kriterien entstanden aus der Arbeit in der Praxis und sind auch für diese gedacht. Sie haben zum Ziel, dass Menschen mit Behinderungen in überschaubaren und zentralen Wohnformen leben können (Bengt Nirje & Burt Perrin 1991, S. 2-4). Menschen mit Behinderungen sollen einen normalen Tagesrhythmus haben. Zu diesem gehört das Schlafen sowie das Aufstehen, das Essen, sowie die Wahl der Kleider, der Arbeit und der Freizeit. Das zweite Kriterium umfasst die Trennung von Arbeit, Freizeit und Wohnen. Diese drei Bereiche sollen getrennt voneinander organisiert werden. Dadurch werden verschiedene Bezugspersonen einbezogen. Zu den Kriterien von Nirje gehören auch ein normaler Jahresrhythmus und Lebensablauf. Menschen mit Behinderungen sollen ihre Ferien, Besuche bei Freunden oder Familienmitgliedern wiederholbar wahrnehmen können wie zum Beispiel das Feiern des Weihnachtsfestes an einem bestimmten Tag. Zudem sollen die Angebote bei der Arbeit, im Wohn- und Freizeitbereich auf das Alter der Person mit Behinderung abgestimmt sein. Das fünfte Kriterium beinhaltet die Respektierung der Bedürfnisse der Person mit Behinderung. Hilfestellungen sind zu geben, damit Menschen mit geistiger Behinderung ihre Bedürfnisse äussern können und diese sollen in Entscheidungsprozessen, Angebotsplanungen und der gesamten Begleitung miteinbezogen werden. Zudem erwähnt Nirje, dass der Kontakt zwischen den Geschlechtern angemessen gestaltet werden sollte. Um diesen Punkt umzusetzen, sind wiederum die Bedürfnisse der Person wichtig. Ein umfassendes Kriterium nennt Nirje den wirtschaftlichen Standard, welcher anhand der Gesetzgebung gesichert werden soll. Als letztes Kriterium erwähnt er die Standards von Einrichtungen. Mit diesem Kriterium meint er die Grösse, Lage und Einrichtung der Wohnform. Dabei orientiert er sich am Wohnraum von Menschen ohne Behinderung (Nirje & Burt, 1991, S. 8-20).

Aselmeier (2008) hält fest, dass sich die Normalisierung von Land zu Land unterschiedlich stark und mit verschiedenen Schwerpunkten ausgeweitet hat (S. 47). Haack (2006) äussert sich auch zur Entwicklung der Normalisierung. Er sagt, dass mit Hilfe des Prinzips der Normalisierung bereits einiges erreicht wurde und sich für Menschen mit Behinderungen verschiedenes verändert hat. Er stellt jedoch fest, dass weitere Entwicklungsschritte gemacht werden müssen, um den Menschen mit Behinderungen ein «normales» Leben zu ermöglichen. Dazu müssen weitere Leitprinzipien hinzugezogen werden (S. 234).

### 5.1.1 Bezug Normalisierung - BRK

Die BRK beinhaltet verschiedenste Artikel, welche die Umsetzung der Normalisierung verlangen. In einigen Artikeln wird für Menschen mit Behinderung das gleiche Recht wie für Menschen ohne Behinderung gefordert, wie Artikel 12, welcher die Rechtsgleichheit verlangt, oder Artikel 5, welcher die Gleichstellung von Menschen mit und ohne Behinderung fordert. Artikel 8 hat zum Ziel die Vorurteile und Klischees gegenüber Menschen mit Behinderungen zu bekämpfen. Auch Artikel 9 und Artikel 13 beinhalten einen Normalisierungsaspekt, nämlich dass Menschen mit Behinderungen den Zugang zu Diensten und Orten der Öffentlichkeit, sowie zur Justiz erhalten. Artikel 19 verlangt, dass Menschen mit Behinderungen die gleichen Wahlmöglichkeiten wie Menschen ohne Behinderungen erhalten sollen.

Die BRK geht sogar weiter als der Normalisierungsgedanke, denn sie definiert Menschen mit Behinderungen als Ausdruck der Vielfaltigkeit einer Gesellschaft. Artikel 3 verlangt den Respekt für Differenz und Anerkennung von Behinderung als Bestandteil menschlicher Vielfalt und Menschlichkeit. Die BRK fordert, dass die gesellschaftlichen Strukturen an die Menschen mit Behinderungen oder präziser ausgedrückt auf alle Menschen angepasst werden, sodass Beeinträchtigungen als normal wahrgenommen werden, und diese Platz in jeder Gesellschaft haben.

## 5.2 Selbstbestimmung

Die Selbstbestimmung wird wie die Normalisierung als grundlegendes Prinzip der Behindertenhilfe angesehen. Dies war nicht immer so. Lange Zeit galten Menschen mit Behinderungen als nicht fähig, ihr Leben selber zu gestalten und Selbstbestimmungsmomente wurden ihnen selten ermöglicht. Das Prinzip der Selbstbestimmung entstand durch Immanuel Kant im Bereich der Philosophie. Kant bezeichnete damals Motivation, sowie Bedürfnisse und Emotionen als wichtige Ansatzpunkte um Selbstbestimmung zu ermöglichen (Wolfram Kulig & Georg Theunissen, 2006, S. 237-238). Später weiteten sich die Bereiche, in denen Selbstbestimmung vorherrschend sein sollte, aus. Durch die Independent Living-Bewegung in den USA wurde das Prinzip der Selbstbestimmung bekannt. Dabei zeigten Menschen mit Körperbehinderungen in der Öffentlichkeit, dass sie gegen Fremdbestimmungen und Benachteiligungen kämpfen wollen (Stöppler, 2017, S. 76). Die Selbstbestimmung hat zum Ziel, dass jede Person Experte oder Expertin für das eigene Leben ist und es nach den eigenen Wünschen und Bedürfnissen gestalten kann (Kulig & Theunissen, 2006, S. 241). Die Selbstbestimmung wird heute verstanden als die Entscheidungsmacht in verschiedenen Bereichen. Menschen mit Behinderungen sollen ihr Leben soweit wie möglich eigenständig gestalten können, eigene Entscheidungen treffen dürfen und allgemein mehr Autonomie erhalten (Stöppler, 2017, S. 76-77). Kulig und Theunissen (2006) sehen die Selbstbestimmung als lebenslanger Entwicklungsprozess (S. 241). Um Selbstbestimmung zu ermöglichen, müssen sich Beziehungen zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen auf Augenhöhe abspielen. Zudem soll die defizitorientierte Sichtweise

gegenüber Menschen mit Behinderung ausgeglichen werden. Die Macht zwischen ihnen soll gleichmässig verteilt werden und Professionelle der Sozialen Arbeit müssen ihre Arbeit an die Ziele der Selbstbestimmung anpassen (Stöppler, 2017, S. 77). Aselmeier (2008) nennt den Weg zur Selbstbestimmung auch Befreiungsprozess; zum Beispiel aus Heimstrukturen (S. 57-58).

Thimm (1997) vertritt die Meinung, dass die Selbstbestimmung ihre Grenzen hat. Wenn Menschen denken, ihr ganzes Leben selbstbestimmt zu leben, bringt dies die Gefahr mit sich, dass diese Personen die Umwelt ausblenden und zum Egoismus tendieren (S. 222). Falk (2016) ist der Meinung, dass Selbstbestimmung nicht bedeutet, alles ohne fremde Unterstützung machen zu müssen. Selbstbestimmung ist kein Synonym von Selbstständigkeit. Sie beinhaltet in jenen Punkten Hilfe zu erhalten, welche die Menschen durch ihre Behinderung nicht selbstständig ausführen können (S. 30-31). Zusätzlich zu erwähnen ist, dass viele Menschen mit Behinderungen ihr Leben nicht alleine leben wollen aber dennoch Selbstbestimmung ausüben möchten. Viele wünschen sich Unterstützung und ein gutes Mass an Autonomie und Selbstbestimmung. Menschen mit Behinderungen wollen mehr Verantwortung übernehmen und als «richtiger» Mensch wahrgenommen und behandelt werden. Sie wollen Wahlmöglichkeiten haben, um eigene Entscheidungen zu treffen. Menschen mit Behinderungen möchten selbst bestimmen, mit wem, an welchem Ort und in welcher Form sie leben und von wem sie sich begleiten lassen (Falk, 2016, S. 30-31).

Professionelle der Sozialen Arbeit verfolgten früher nicht das Ziel, die Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt leben zu lassen und sie in diesem Prozess zu begleiten. Durch das Leitprinzip der Selbstbestimmung muss daher ein Wandel bei den Haltungen der Professionellen der Sozialen Arbeit stattfinden, damit die Menschen nicht fremdbestimmt leben müssen, sondern selbstbestimmt leben dürfen. Um dies umzusetzen, müssen Professionelle der Sozialen Arbeit ihre Macht ein Stück weit abgeben. Sie haben Menschen mit Behinderungen wahrzunehmen, auf ihre Bedürfnisse einzugehen, sie an politischen Prozessen teilhaben zu lassen, sie über Wahlmöglichkeiten zu informieren und Kritik von ihnen annehmen zu können (Falk, 2016, 31-32).

### 5.2.1 Bezug Selbstbestimmung - BRK

Die BRK beinhaltet viele Ziele und Artikel zur Selbstbestimmung. Bereits in der Präambel der Konvention wird festgehalten, dass die Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen gegeben sein muss und sie die Möglichkeit haben müssen, eigene Entscheidungen zu treffen (Präambel n). Zusätzlich sind unter anderem Bezüge zur Selbstbestimmung in Art. 18, Art. 19, Art. 20, Art. 21, Art. 23 und Art. 26 zu finden.

In Artikel 19 der BRK wird gefordert, dass Menschen mit Behinderungen eine selbstbestimmte Lebensführung erreichen sollen mit der Bereitstellung der gleichen Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten wie Menschen ohne Behinderung. In diesem Artikel geht es darum, dass

Menschen mit Behinderungen selber bestimmen dürfen, mit wem, wo und wie sie leben möchten. Im Bereich der Mobilität sollen sie die grösstmögliche Selbstbestimmung erhalten (Art. 20). Zusätzlich sollen geeignete Massnahmen getroffen werden, damit Menschen mit Behinderungen ein Maximum an Selbstbestimmung im Leben erreichen und diese auch halten können (Art. 26). Menschen mit Behinderungen sollen eine Familie gründen und heiraten dürfen (Art. 23), sowie öffentlich ihre Meinung äussern dürfen und den Zugang zu Informationen erhalten, welche sie interessieren (Art. 21). Gleichzeitig sollen Menschen mit Behinderungen ihren Aufenthaltsort selber wählen dürfen, die Möglichkeit haben, ihre Staatsangehörigkeit zu wechseln, den Zugang zu allen dafür nötigen Dokumente erhalten und alle Länder selbstbestimmt verlassen dürfen (Art. 18).

### 5.3 Empowerment

Das Konzept des Empowerments steht in Verbindung mit der Selbstbestimmung, denn diese bildet die Grundlage für das Empowerment. Wichtig zu erwähnen ist, dass anders als oft angenommen, Empowerment kein Synonym für Selbstbestimmung ist, sondern mehrere Faktoren beinhaltet (Kulig & Theunissen, 2006, S. 237+243).

Die Philosophie des Empowerments stammt aus den USA und geht von einem optimistischen Menschenbild aus (Kulig & Theunissen, 2006, S. 245). Die ersten Empowerment-Bewegungen gehen in die 1950er Jahre zurück. Damals stand die Bürgerrechtsbewegung der schwarzen Bevölkerung im Fokus des Empowerments. Aus dieser Bewegung entstand die heutige Sicht des Empowerments, welche auch im Behindertenbereich eine grosse Bedeutung hat (Georg Theunissen, 2016, S. 114). Eine deutsche Übersetzung für den Begriff Empowerment gibt es nicht. Es gibt Übersetzungsversuche wie zum Beispiel Selbstermächtigung oder Selbstbefähigung. Diese Übersetzungen können dem Empowerment jedoch nicht gerecht werden, da dieser viele Aspekte beinhaltet. Aselmeier (2008) sagt, dass das Ziel des Empowerments für Menschen mit Behinderungen ist, mehr Kontrolle über ihr eigenes Leben zu erlangen. Theunissen (2016) sieht das Ziel in mehr Menschlichkeit und mehr sozialer Gerechtigkeit (S. 115). Kulig und Theunissen (2006) ergänzen diese Zielvorstellungen damit, dass Menschen mit Behinderungen bewusst gemacht werden sollte, dass sie eine selbstheilende Kraft in sich tragen und damit Krisen oder Probleme bewältigen können. Zudem wichtig sind das Einbeziehen des Sozialen Umfeldes sowie Bezugspersonen. Jemand, der die Person schützt, begleitet und Halt gibt kann entscheidend sein, um Erfolge des Empowerments zu erreichen (S. 245-246).

Empowerment setzt Ressourcen, Talente, Fähigkeiten und Stärken von Personen ins Zentrum, mithilfe derer eine Bewältigungsstrategie für Probleme oder Krisen entstehen soll. Respekt des Gegenübers muss bei der Arbeit nach dem Empowerment-Ansatz vorhanden sein. Der Ansatz geht davon aus, dass die eben benannten positiven Seiten eines Menschen ins Zentrum rücken sollen, damit das Wohlbefinden erhöht werden kann und Menschen sich weiterentwickeln können; durch neues Vertrauen in sich selber. In der Praxis wird häufig mit dem Fachausdruck

Empowerment gearbeitet. Dabei wird versucht das Selbstwertgefühl von Menschen mit Behinderungen aufzubessern indem auf ihre Stärken und Ressourcen bewusst gemacht wird. Dadurch können Menschen mit geistiger Behinderung sich weiterentwickeln und mehr Selbstbestimmung ausüben. Das Endziel des Empowerments ist die Aufhebung von Benachteiligungen und Ausgrenzungen auf dem Weg zur Inklusion (Kulig & Theunissen, 2006, S. 243-246).

### 5.3.1 Bezug Empowerment - BRK

Die gesamte BRK kann als Ausdruck des Empowerments angesehen werden. Durch die BRK werden Menschen mit Behinderungen befähigt, neue Schritte zu gehen und eigene Wünsche oder Bedürfnisse zu erfüllen. Die BRK eröffnet viele neue Bereiche, welche Menschen mit Behinderungen zugänglich gemacht werden sollen. Im Kommentar Nr. 5 zu Artikel 19 der BRK wird festgehalten, dass Menschen mit Behinderungen über ihr Recht informiert werden müssen, dass sie das Recht eines unabhängigen Lebens haben. Sie sollen unterstützt werden in die Gemeinschaft aufgenommen zu werden und lernen mithilfe des Empowerments ihre Rechte durchzusetzen (United Nations Human rights, 2017).

## 5.4 Integration und Inklusion

Der Integrationsgedanke entstand durch die Forderung von Eltern beeinträchtigter Kinder, diese in der Schule zu integrieren (Andreas Hinz, 2006, S. 251). Noch heute wird der Integrationsgedanke oft in Verbindung gebracht mit der Integration von Schülerinnen und Schüler mit Behinderung (Stöppler, 2017, S. 75). Während im Schulbereich eine Entwicklung des Integrationsgedankens stattgefunden hat, wurde die Forderung nach Integration auch in anderen Lebensbereichen laut (Hinz, 2006, S. 255). Stöppler (2017) hält fest, dass es von grosser Wichtigkeit ist die Integration nicht nur im schulischen Bereich zu fördern, sondern auch im Wohnbereich, in der Freizeitgestaltung, im Arbeitsbereich etc. (S. 76). Thesing (2009) definiert Integration als Einbettung in eine Gruppe, wobei die Zugehörigkeit auf Gegenseitigkeit beruhen sollte. Damit jemand integriert werden kann, müssen beide Seiten einen Schritt aufeinander zu machen. Die Person mit Behinderung muss selber aktiv werden. Dies kann auch mit Unterstützung umgesetzt werden. Gleichzeitig muss die Gesellschaft offen sein, die Person mit Behinderung zu integrieren und teilnehmen zu lassen (S. 54). Die Integration wurde in der Gesellschaft immer mehr in Frage gestellt, da sie keine Durchmischung der Menschen mit und ohne Behinderung bewirkt. Bei der Integration bilden sich oft Gruppen in einem Sozialraum – Menschen mit und ohne Behinderung können sich im selben Sozialraum aufhalten ohne in direkten Kontakt zueinander zu treten. Aus diesem Grund kam der Begriff Inklusion vermehrt ins Zentrum der Behindertenarbeit (Stöppler, 2017, S. 76). Aselmeier (2008) definiert Inklusion als die vollständige gesellschaftliche Teilhabe (S. 59). Zudem trifft er die Aussage, dass der Integrationsbegriff oft benutzt wird, aber meistens Inklusion gemeint ist. Früher wurde verlangt, dass

sich Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft integrieren sollen. Heute wird versucht Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft einzubeziehen und sie an gesellschaftlichen Prozessen mitwirken zu lassen – dabei wird kein Unterschied zwischen der Gruppe «Menschen mit Behinderungen» und der Gruppe «Menschen ohne Behinderungen» gemacht (S.59). Das Ziel der Inklusion ist es, dass alle Menschen in ihrem Sozialraum wie eine Lebensgemeinschaft leben können und sich die Person in der Gesellschaft angenommen fühlt (Aselmeier, 2008, S. 60). Inklusion ist ein unbestimmter Prozess, welcher das Verhältnis zwischen einem Individuum und einem Sozialsystem beschreibt. Inklusion bedeutet nicht gleichzeitig die positive Teilhabe eines Menschen. Da bei der Inklusion zwei Systeme (Personales- und Gesellschaftssystem) aufeinandertreffen, kann wünschenswert eine partizipative und respektvolle Runde entstehen. Es kann aber auch Diskriminierungen oder Benachteiligungen geben (Alois Bürli, 2006, S. 126-132). Inklusion sollen alle Menschen ob mit oder ohne Behinderung, alle Geschlechter, alle Religionen etc. erfahren. Inklusion beinhaltet die Diversität und besagt, dass jeder Mensch in seiner Vielfältigkeit akzeptiert werden soll (Aselmeier, 2008, S. 58). Durch die Veröffentlichung der BRK im Jahr 2006 gewann der Begriff Inklusion an Bedeutung. Die BRK zeigte auf, dass die Inklusion weiter geht als die Integration. Sie besagt, dass die Inklusion selbstverständlich sein sollte, alle Menschen zur Gesellschaft dazugehören sollten und die volle Teilhabe an der Gesellschaft erhalten sollten. Menschen mit Behinderungen sollen als normale Bürger anerkannt werden und die gleichen Rechte und Pflichten haben wie die restliche Gesellschaft. Um den Begriff Inklusion zu definieren, wird oft das Gegenteil Exklusion betrachtet, was Ausschluss oder Ausgrenzung bedeutet. Abgeleitet davon meint die Inklusion das Einbezogensein, die Zugehörigkeit und Teilhabe an der Gesellschaft ohne Ausnahmen. Die Inklusion besagt, dass es das Ziel der gesamten Gesellschaft sein sollte, dass jeder Mensch Teilhabe und Zugehörigkeit zu ihr erhält. Mit dieser Begründung kann der Schluss gezogen werden, dass vom Blick der Inklusion aus, stationäre Institutionen an Bedeutung verlieren sollten und neue Wohnformen aufkommen müssen, um den Inklusionsgedanken zu erfüllen (Falk, 2016, S. 25-26).

#### 5.4.1 Bezug Integration und Inklusion - BRK

Die Inklusion ist ein wichtiger Bestandteil der BRK. Diese Konvention verfolgt das Ziel, dass in der Gesellschaft die ganzheitliche Inklusion ermöglicht wird (Art. 3, Abs. c). Auch in einigen weiteren Artikeln spricht die BRK den Inklusionsgedanken an. Menschen mit Behinderungen sollen die volle Teilhabe und Teilnahme in allen Lebensbereichen erhalten (Art. 26). Zudem sollen Massnahmen eingeleitet werden, damit ihnen der Prozess der umfänglichen Integration erleichtert wird (Art. 19). Dazu gehört beispielsweise, dass Menschen mit Behinderungen in jeder Wohnform leben dürfen und dabei die nötige Unterstützung erhalten, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die Isolation oder Exklusion soll mithilfe von Unterstützungsleistungen in der von ihnen gewählten Wohnform verhindert werden (Art. 19. Abs. b). In Artikel 27 ist die Forderung festgehalten, dass Menschen mit Behinderung gleichberechtigten Zugang

zum Arbeitsmarkt erhalten sollen. Die BRK formuliert ihre Zielvorstellungen in Richtung Inklusion und nicht Integration. Denn die Konvention will nicht neue Räume innerhalb von Systemen für Menschen mit Behinderungen öffnen und zugänglich machen. Durch sie sollen Menschen mit Behinderungen als gleichwertiger Teil der Gesellschaft verstanden werden – Menschen mit geistigen Behinderungen sollen selbstverständlich dazugehören.

## 5.5 Teilhabe

In der Behindertenhilfe besteht das Leitprinzip der Teilhabe noch nicht lange. Früher wurde eine Behinderung als personales Problem gesehen. Heute besagt die Literatur, dass eine Behinderung von unterschiedlichen Akteuren und Akteurinnen beeinflusst und definiert wird. Eine Nennung der verschiedenen Beeinflussungen wurde bereits beim Teil des ICF-Modells vorgestellt (siehe Kap. 2.2.3). Eine Behinderung kommt durch die Körperfunktionen, die Körperstrukturen, die Aktivitäten und die Partizipationsmöglichkeiten einer Person zustande. Durch das Umdenken, dass die Ursache der Behinderung nicht bei der Person alleine gesucht wird, kommt der Gedanke der Teilhabe immer mehr ins Zentrum der Behindertenarbeit. Falks (2016) Gedanken gehen so weit, dass eine Behinderung aufgrund mangelnder Teilhabe entstehen kann. Wird davon ausgegangen, dass eine Person keinerlei Teilhabe erleben kann, ist dies mit dem Zustand der Isolation oder Exklusion gleichzustellen. Mit dieser Begründung wird klar, dass die Teilhabe für die Entwicklung jedes Menschen notwendig ist. Um Neues zu lernen wird die Entwicklung des Menschen durch den Austausch mit der Umwelt und den dort vorherrschenden Erfahrungsmöglichkeiten vorangetrieben. Teilhabe kann und soll in verschiedenen Bereichen möglich sein (S. 33-34).

Anlehnend an die Teilhabe gewinnt ein weiteres Leitprinzip an Bedeutung, welches kurz erläutert wird – die Sozialraumorientierung. Ziel der Sozialraumorientierung ist die Hilfe zur Selbsthilfe. Menschen mit Behinderungen sollen ermutigt und unterstützt werden ihre Bedürfnisse und Interessen zu äussern. Anhand dieser kann die Annäherung an passende Sozialräume stattfinden. Bei der Sozialraumorientierung wird individuell gearbeitet und jeder Mensch kann sich einen Sozialraum unterschiedlich aneignen (Falk, 2016, S. 37). Falk (2016) bezeichnet die Sozialraumorientierung nicht umsetzbar in Grosseinrichtungen, welche alle Dienstleistungen für die Bewohnenden eigenständig organisieren. Grosseinrichtungen sollten sich öffnen und den Menschen mehr Möglichkeiten geben, sich an neuen Sozialräumen zu orientieren, Menschen mit geistiger Behinderung sollen in verschiedenen Sozialräumen Teilhabe erfahren dürfen (S. 38).

In der Praxis besteht beim Prinzip der Teilhabe Handlungsbedarf. Menschen mit Behinderungen sollen in der Praxis mitwirken, sich beteiligen und aktiv werden können. Teilhabe ist nicht zu verwechseln mit der Teilnahme, denn die Teilhabe versteht sich als aktiver Prozess der Person mit Behinderung und der Gesellschaft. Auch Menschen mit Behinderungen sollen gleichberechtigte Mitglieder einer Gemeinschaft sein dürfen und sich am politischen und



wirtschaftlichen Leben beteiligen dürfen. Menschen mit Behinderungen sollen den Zugang zu allen gesellschaftlichen Strukturen erhalten wie Menschen ohne Behinderungen und falls nötig die Unterstützung erhalten, um diese Zugänge wahrnehmen zu können (Stöppler, 2017, S. 78-79).

### 5.5.1 Bezug Teilhabe - BRK

Die BRK fordert die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen ohne Behinderungen und Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen. Spezifisch will die BRK erreichen, dass Menschen mit Behinderungen an politischen Prozessen und am öffentlichen Leben Teilhabe erhalten können. Sie sollen die politischen Rechte anerkannt erhalten, bei Wahlverfahren aktiv teilnehmen können und wenn nötig die dafür notwendige Unterstützung erhalten (Art. 29). Ausserdem beinhaltet der Artikel 30 die Teilhabe am kulturellen Leben und an Erholung, Freizeit und Sport. Gezielt geht es darum, dass Menschen mit Behinderungen der Zugang zu folgenden Bereichen bereitzustellen ist: Fernsehprogrammen, Filmen und kulturellen Aktivitäten, Darbietungen und Dienstleistungen wie Konzerte, Theater, Kino und Museen in barrierefreien Form. Gleichzeitig sollen die künstlerischen und kreativen Potentiale von Menschen mit Behinderungen gefördert werden und der Zugang zu diesen auch Menschen ohne Behinderungen eröffnet werden (Art. 30).

Angrenzend an die Teilhabe wird in der BRK auch die Wichtigkeit der Sozialraumorientierung ersichtlich. In Artikel 9 wird festgehalten, dass Massnahmen getroffen werden müssen, damit Menschen mit Behinderungen den Zugang zu verschiedenen Gebieten und Dienstleistungen erhalten. Diese Gebiete und Dienstleistungen stellen potentielle neue Sozialräume für Menschen mit Behinderungen dar.

## 5.6 Lebensqualität

Die Lebensqualität ist in der Behindertenhilfe seit den 1970er Jahren ein zentrales Ziel (Iris Beck, 2016, S. 156). Die Kombination aus den objektiven Lebensbedingungen und der subjektiven Bedürfnislage ergeben die Lebensqualität. In diese Bewertung der Lebensqualität spielen viele Faktoren wie zum Beispiel die Machtverhältnisse, die Teilhabechancen und die Bedürfnisbefriedigung eine Rolle. Die Befriedigung von Bedürfnissen ist grundlegend für eine positiv bewertete Lebensqualität (Beck, 2016, S. 156). Kurz ausgedrückt kann die Lebensqualität als die Bewertung der Lebenslage bezeichnet werden (Beck, 2016, S. 156). Menschen, ob mit oder ohne Behinderung haben Grundbedürfnisse, wie zum Beispiel das Bedürfnis nach Sicherheit, Geborgenheit, Vertrautheit und Kommunikation. Wenn die Grundbedürfnisse eines Menschen wahrgenommen und befriedigt werden, ist der Grundstein für eine gute Lebensqualität gelegt. Wichtig dabei ist, dass die Bedürfnisse und Wünsche der Person mit Behinderung im



Zentrum stehen müssen, auch wenn es der Fall sein kann, dass diese nicht konkret benannt werden können (Aselmeier, 2008, S. 58).

Der Zusammenhang zwischen Lebensqualität und dem Bereich «Wohnen» wird von Aselmeier (2008) erläutert. Er ist der Meinung, dass Menschen mit geistiger Behinderung eine erhöhte Lebensqualität erhalten, wenn sie an ihrem Wohnort akzeptiert und integriert, sowie personenspezifische Begleitung erhalten (S. 56). Die Personenzentrierung stellt einen wichtigen Inhaltspunkt bei der Arbeit mit Menschen mit geistiger Behinderung dar. Ziel der Personenzentrierung ist es, dass die Person mit Behinderung im Zentrum der Arbeit mit ihr steht und sie im bei Entscheidungsprozessen von Anfang an beteiligt sind. Die Personenzentrierung grenzt sich von Fremdbestimmung und strukturell unveränderbaren Strukturen ab (Falk, 2016, S. 35). Falk (2016) sagt, dass Begleitungs- und Unterstützungsstrukturen der Person mit Behinderung angepasst werden müssen und nicht umgekehrt (S.36). Um diese Anpassungen zu realisieren, müssen die Lebenssituationen und die Bedürfnisse der Person mit Behinderung hinzugezogen werden (S.26). Heute wird von den Professionellen der Sozialen Arbeit verlangt, dass sie jede Person individuell begleiten und sie in den Fokus ihrer Arbeit stellen. Dadurch kann sich die Lebensqualität einer Person erhöhen (S.36).

#### 5.6.1 Bezug Lebensqualität - BRK

Der Artikel 28 der BRK verlangt, dass Menschen mit Behinderungen einen angemessenen Lebensstandard erhalten. Dieses Ziel beinhaltet genügend Nahrung, Kleidung und Wohnraum. Wenn sich diese Bereiche auf einem genügend hohen Niveau befinden, ist die Voraussetzung für eine gut bewertete Lebensqualität gegeben. Die Befriedigung der Grundbedürfnisse ist Voraussetzung für die Erhöhung der Lebensqualität. Die BRK fordert zudem verschiedene Veränderungen, welche die Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen verbessern können. Die BRK fordert vermehrt das Recht auf Selbstbestimmung. Wer Selbstbestimmung leben kann, betrachtet seine Lebensqualität oft als höher als fremdbestimmte Menschen. Umso mehr Teilhabechance Menschen mit Behinderungen haben, desto wahrscheinlicher kann sich eine positive Lebensqualität ergeben. Da die BRK in verschiedenen Artikeln die Teilhabe von Menschen mit Behinderung anspricht, kann sich auch dieser Bereich positiv auf die Lebensqualität auswirken (siehe Kapitel 5.5.1).

## 6. Europäische Wohnangebote

---

In anderen europäischen Ländern wurden bereits erfolgreiche dezentrale Wohnangebote in der Praxis etabliert, welche die eben vorgestellten Leitprinzipien erfüllen. In diesem Teil der Arbeit werden zwei dieser Wohnangebote vorgestellt. Die Autorin suchte Wohnangebote, welche zukunftsorientiert, für Menschen mit geistiger Behinderung zugänglich und herausragend sind. Zudem ist das Ziel der Vorstellung dieser Wohnangebote, dass Ideen und Umsetzungsmöglichkeiten für die Schweiz übernommen werden können. Aus diesem Grund informierte sich die Autorin über Wohnangebote in Ländern, in welchen vergleichbare oder bessere makroökonomische Bedingungen und ähnliche finanzielle Bedingungen vorliegen.

Neue Wohnangebote entstehen nicht von heute auf morgen. Es ist ein langer Prozess, bis eine neue Wohnform in die Praxis umgesetzt werden kann. Ein Zwischenschritt besteht oft bei der Vorstellung der neuen Wohnform im Rahmen eines Kongresses oder einer Tagung. Aus diesem Grund informierte sich die Autorin über Tagungen und Kongresse rund um das Thema «Wohnformen für Menschen mit geistiger Behinderung». Dabei stiess sie auf die IVS Tagung in Wien. Diese Tagung fand 2017 statt. Dort trafen sich Vertreter und Vertreterinnen verschiedener Länder und stellten innovative Wohnformen für Menschen mit Behinderung vor. So stiess die Autorin auf Gaby Coolen, welche das Projekt „Pameijer“ aus den Niederlanden vorstellte (IVS Wien, Interessensvertretung sozialer Dienstleistungsunternehmen für Menschen mit Behinderung, 2017).

Eine weitere Vorgehensweise Wohnangebote zu finden, welche den früher in dieser Arbeit beschriebenen Leitprinzipien entsprechen, war das Betrachten des Zeitpunktes der Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention. 166 Staaten der Vereinten Nationen haben bis heute die Behindertenrechtskonvention ratifiziert (United Nations, 2019). Der Artikel 19 der Konvention besagt, dass Menschen mit Behinderung selber entscheiden dürfen mit wem, wo und wie sie leben möchten (Art. 19. BRK). Um dies zu ermöglichen, arbeiten nun viele Länder an neuen Wohnformen für Menschen mit Behinderungen. Die Behindertenrechtskonvention wurde von den teilnehmenden Ländern in unterschiedlichen Jahren ratifiziert. Daraus kann teilweise der Stand der Entwicklung erklärt werden. Die Schweiz hat dieses Abkommen erst im Jahr 2014 unterzeichnet. Im Vergleich dazu ratifizierten Österreich und Schweden das Abkommen 2008 und Deutschland 2009. Zur gleichen Zeit oder später als die Schweiz ratifizierten Norwegen 2013 und die Niederlande 2016 die Behindertenrechtskonvention (United Nations, 2019). Länder, welche die UN-BRK vergleichsweise früh ratifiziert haben und vergleichbare oder bessere makroökonomische Bedingungen in ihrem Land haben, wurden genauer betrachtet. Dabei fiel der Blick unter anderem auf Österreich. Die Recherchen der Situation in Österreich zeigten, dass in unserem östlichen Nachbarsland intensiv im Bereich der Zugänglichkeit und der Barrierefreiheit gearbeitet wird. Besteht Barrierefreiheit, unterstützt dies Menschen mit Behinderung, möglichst selbständig leben zu können. Auch in der Behindertenrechtskonvention wird festgehalten, dass Barrieren für Menschen mit Behinderungen aufgehoben werden sollen,

damit sie eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilhabe geniessen dürfen (Art. 9. BRK). Aus diesem Grund hielt die Autorin nach barrierefreien Wohnangeboten für Menschen mit einer geistigen Behinderung Ausschau und stiess dabei auf den Stadtteil Aspen-Seestadt in Wien, welcher komplett barrierefrei erbaut wurde. In diesem Stadtteil existiert seit dem letzten Jahr eine inklusive Wohngemeinschaft. Diese wird im Unterkapitel „Lebe bunt“ erläutert. Die Autorin schaute bei jedem Wohnangebot darauf, ob es zukunftsorientiert ist, herausragend wirkt und für Menschen mit geistiger Behinderung zugänglich ist. Diese drei Kriterien treffen bei „Pameijer“ und „Lebe Bunt“ zu. Aus diesem Grund werden sie im nächsten Abschnitt vorgestellt. Abschliessend anzufügen ist, dass die Wahl der Wohnangebote auch mit einem Zufallsprinzip behaftet ist, denn es ist nicht möglich, alle existierenden Wohnangebote aller europäischen Länder ausfindig zu machen und zu studieren.

## 6.1 Lebe Bunt

### «Die Chance auf buntes WG-Leben»

#### 6.1.1 Beschreibung «Lebe Bunt»

Im Sommer 2017 wurde das Projekt «Wiener Wege zur Inklusion» abgeschlossen. Bei diesem Projekt arbeiteten 200 Teilnehmende mit und ohne Behinderung an Ideen und Vorschläge für neue soziale Dienstleistungen. Aus diesem Projekt entstand die Wohngemeinschaft «Lebe Bunt». Der Verein «Integration Wien» setzte diese Wohngemeinschaft unter der Leitung von Frau Petric (Projektleiterin) in die Realität um. Mit ihr führte die Autorin ein Interview. Die Inhalte dieses Interviews wurden in die Vorstellung des Projektes eingewoben. Frau Petric war bereits bei der Planung der Wohngemeinschaft dabei. Sie übt verschiedene Aufgaben aus. Sie ist die Ansprechperson für die Bewohnenden wie auch für die Fördergebenden und ist verantwortlich für die Budgetierung. Finanziell wird die Wohngemeinschaft vom Fond Soziales Wien (FSW) der Stadt Wien unterstützt (Fonds Soziales Wien, 2018b).

«Lebe Bunt» ist eine inklusive Wohngemeinschaft für acht Menschen mit und ohne Behinderung. In dieser Gemeinschaft leben vier Menschen mit und vier Menschen ohne Behinderung (Petric, Interview vom 2. Oktober 2019). «Lebe Bunt» befindet sich im Stadtteil Seestadt Aspern und besteht seit April 2018. Seestadt Aspern ist ein Stadtentwicklungsprojekt, in welchem der gesamte Bezirk barrierefrei erbaut wurde. Alle Häuser, Verkehrsmittel und öffentliche Räume sind barrierefrei. Dies ermöglicht den Bewohnenden viel Autonomie und Selbstbestimmung. Bei der Ortswahl wurde zudem darauf geachtet, dass die Innenstadt mit dem öffentlichen Verkehr erreichbar ist. Die Bewohnenden von «Lebe Bunt» haben viele Angebote in der Umgebung, welche sie besuchen können und zum Mitmachen einladen. Eine Befragung über den gesamten Stadtteil im Jahr 2015 zeigte, dass 37.9 Prozent der Bevölkerung in Seestadt Aspern sich gegenseitig unterstützt, wenn dies nötig ist (Institut für Soziologie der Universität Wien, 2015, S. 104).

«Lebe Bunt» wurde im Jahr 2018 mit dem Österreichischen Inklusionspreis ausgezeichnet, da diese Wohngemeinschaft ein Vorzeigeprojekt ist, welches sich in Zukunft durchsetzen könnte (Fonds Soziales Wien, 2018a). Dieser Preis unterstreicht das Leitprinzip Inklusion, welches bei «Lebe Bunt» einen grossen Stellenwert hat. In einer inklusiven Wohngemeinschaft sind alle Menschen willkommen. Das Alter, das Geschlecht, die Herkunft und die Behinderungsform spielt dabei keine Rolle. Durch «Lebe Bunt» sollen Begegnungsräume geschaffen werden zwischen Menschen mit und ohne Behinderung. Die Menschen sollen den Mut erhalten, das Wohnen mit unterschiedlichen Menschen auszuprobieren. Menschen mit Behinderungen sollen das Recht erhalten, selbst zu entscheiden wie sie leben, mit wem sie leben und wo sie leben möchten (Integration Wien, ohne Datum).

Die Wohngemeinschaft «Lebe Bunt» verfügt über einen Balkon, einen Gartenplatz, welcher mit den Nachbarn geteilt wird, und Gemeinschaftsräume. Die Bewohnenden der inklusiven Wohngemeinschaft sind im Moment zwischen 18 und 62 Jahre alt. Zurzeit leben in der Wohngemeinschaft Menschen mit verschiedenen Behinderungsarten wie zum Beispiel mit Sinnesbehinderung, geistiger Behinderung und auch körperlicher Behinderung. Alle Bewohnende der Wohngruppe haben ein Einzelzimmer. Sechs Zimmer davon bewohnen Menschen, welche dauerhaft in dieser Wohngemeinschaft leben. Diese richten ihr Zimmer selber ein und können es nach ihren Wünschen gestalten. Die anderen zwei Zimmer sind reserviert für Menschen, welche das Leben in einer inklusiven Wohngemeinschaft ausprobieren möchten. Das Bewohnen dieser Zimmer ist auf die Dauer von einem halben Jahr begrenzt. Diese Zimmer sind bereits eingerichtet. Das Hauptziel dieser Zimmer liegt darin, dass die Bewohnenden nach der halbjährlichen Wohnzeit aufgrund ihrer gemachten Erfahrungen selber entscheiden können, wie sie in Zukunft leben möchten. Probewohnen können Menschen mit und ohne Behinderung. Falls sie den Wunsch äussern weiter in einer inklusiven Wohngemeinschaft zu leben, wird versucht eine dauerhafte Unterbringung in einer anderen Wohngemeinschaft zu finden oder eine neue zu eröffnen. Ein Ziel von «Lebe Bunt» ist es, dass neue inklusive Wohngemeinschaften entstehen. Alle Bewohnenden der Wohngemeinschaft zahlen als Miete 312 Euro im Monat. In Wien können Menschen mit Behinderung zum Fonds Soziales Wien gehen, wenn sie eine Dienstleistung wie zum Beispiel einen Arbeitsplatz oder eine Wohnmöglichkeit benötigen. Fonds Soziales Wien kann anschliessend eine Genehmigung für die Dienstleistung ausstellen (zum Beispiel für den Wohnplatz) und übernimmt anschliessend die anfallenden Mietkosten und Betreuungskosten. Wird die Dienstleistung genehmigt, darf der Mensch mit Behinderung selbst entscheiden, wo er diese einholen möchte. In Österreich gibt es verschiedene mobile Wohnbegleitungen, welche Menschen mit Behinderung in der eigenen Wohnung begleiten und unterstützen. Die mobile Wohnbegleitung ist der Name für Professionelle der Sozialen Arbeit, welche Menschen mit Behinderungen in ihrem Zuhause unterstützen und begleiten. Eine solche darf sich die Person mit Behinderung auswählen. Dadurch wird die Betreuung in der inklusiven Wohngemeinschaft abgedeckt. Die mobile Wohnbegleitung lebt nicht in der Wohngemeinschaft, unterstützt jedoch so oft wie nötig (Petric, Interview vom 2. Oktober 2019). Menschen ohne

Behinderung, welche in der Wohngemeinschaft leben, müssen keine Betreuungsaufgaben für die Menschen mit Behinderung übernehmen. «Lebe Bunt» baute eine Wohngemeinschaft auf, welche der Normalität entsprechen soll und nicht eine Zweckgemeinschaft ist. Die Bewohnenden sollen sich auf Augenhöhe begegnen können, gleichberechtigte Mitbewohnende sein können und voneinander profitieren und lernen. Deshalb bezahlen alle Bewohnende gleich viel (Integration Wien, ohne Datum).

Die Vision von «Lebe Bunt» ist es, dass alle Menschen, welche in einer Wohngemeinschaft leben möchten, dies auch können. Es soll für sie genügend Wohnungen geben und sie sollen den Mut erhalten diesen Schritt zu gehen. Inklusive Wohngemeinschaften sollen in der Gesellschaft bekannter werden. Menschen, welche in der inklusiven Wohngemeinschaft wohnhaft waren, sollen anderen Menschen von dieser Wahlmöglichkeit erzählen. «Lebe Bunt» unterstützt auch neue inklusive Wohngemeinschaften beim Aufbau. «Lebe bunt» selbst plant jedoch keine zweite Wohngemeinschaft (Integration Wien, ohne Datum). Frau Petric betont im Interview, dass schlussendlich die Fördergebenden entscheiden, ob mehr Ressourcen zur Verfügung stehen, um etwas Neues aufzubauen. Weiter fügt Frau Petric an, dass ein Ziel von «Lebe Bunt» ist, dass Ex-Bewohnende die Idee weitertragen und neue Wohngemeinschaften in selbst bestimmten Grössen eröffnen (Interview vom 2. Oktober 2019).

### 6.1.2 Bewertung «Lebe Bunt»

«Lebe Bunt» zeigt eine erfolgreiche und gelungene Form der Inklusion, welche sich über die Integration hinwegsetzt. Menschen mit Behinderung und Menschen ohne Behinderung leben gemeinsam in einer Wohnung. In der inklusiven Wohngemeinschaft gibt es keine Trennung der Menschen. Alle Bewohnenden leben gemeinsam und haben zu allen Räumlichkeiten der Wohnung Zugang. Gleichzeitig ist der Stadtteil mit vielen öffentlichen Begegnungszonen erbaut worden, wo auch Menschen mit Behinderung Zugang haben. Durch das Interview mit Frau Petric wurde eine Rahmenbedingung aufgedeckt, welche nicht durchweg inklusiv gedacht wurde. Die Wohngemeinschaft befindet sich in einem Wohnhaus im zweiten Stock. Im oberen Teil des Hauses befindet sich eine Soziale Einrichtung (ein Wohnheim für Kinder und Jugendliche) (Interview vom 2. Oktober 2019). Würde völlige Inklusion gelebt, sollten auch Menschen ohne Beeinträchtigungen mit in diesem Haus leben und die Menschen mit Beeinträchtigungen sollten nicht abgesondert in einem Haus leben. Da jedoch die Nachbarschaft bunt durchmischt ist, kann trotzdem von einer inkludierenden Nachbarschaft gesprochen werden.

«Lebe Bunt» zeigt auf, wie der Artikel 19 der BRK erfüllt werden kann. Artikel 19 besagt, dass alle Menschen mit Behinderung ihre Wohnform, ihren Wohnort und ihre Mitbewohnenden selbständig aussuchen können. Menschen mit Behinderung, welche interessiert sind in der neuen Wohngemeinschaft zu leben, können diese für sich entdecken. Potentielle neue Mitbewohnende führen jeweils ein Erstgespräch mit der Projektleitung. Wenn beide Seiten nach diesem Gespräch der Meinung sind, dass der Umzug in die Wohngemeinschaft passen würde, wird

ein Treffen mit allen Bewohnenden organisiert. Danach bestimmen alle Mitbewohnenden wer einziehen darf oder wer nicht. Dieses Mitspracherecht garantiert den Menschen mit Behinderung Mitbestimmung und Selbstbestimmung. Bei «Lebe Bunt» dürfen Menschen mit Behinderung nicht nur bei der Wahl von neuen Mitbewohnenden aussuchen, sie können zudem ihrer Selbstbestimmung freien Lauf lassen und das eigene Zimmer nach ihren eigenen Vorlieben streichen oder einrichten. Sie können die Schlafzeiten und Esszeiten wie auch die Wahl der Lebensmittel und dessen Zubereitung selber bestimmen. Bei täglichen Entscheidungen können sie Selbstbestimmung und Empowerment ausüben. Das Leitprinzip des Empowerments wird zudem erreicht, indem die Bewohnenden bei «Lebe Bunt» die Dienstleistungen beim dem Anbieter aussuchen, den sie möchten. «Lebe Bunt» als inklusive Wohngemeinschaft ergibt für die Bewohnenden mit Behinderung gleichzeitig eine Erhöhung der Lebensqualität. Zurzeit gibt es noch wenige Möglichkeiten mit einer Behinderung in einer Wohngemeinschaft mit Menschen ohne Behinderung zu leben. Menschen mit Behinderungen, die bereits in einer Wohngemeinschaft mit Menschen ohne Behinderung wohnen, schätzen ihre Freiheiten, die Selbstbestimmungsmomente und die Privatsphäre. Die persönliche Wohnbegleitung, die für keinen der anderen Mitbewohnenden zuständig ist, sieht den Menschen mit Behinderung im Zentrum. Immer wenn diese Person im Haus ist, kann sich die Person sicher sein, dass jemand Zeit für sie hat und die Wünsche und Bedürfnisse können geäussert werden. Bei Unstimmigkeiten in der Wohngemeinschaft kann die mobile Wohnbegleitung unterstützend wirken und für die Person mit Behinderung eintreten, falls diese es wünscht (Interview vom 2. Oktober 2019).

Eine Stärke des Projektes ist es, dass kein Arbeitsplatz an das Wohnangebot gekoppelt ist. Die dort lebenden Menschen mit Behinderung können ihren Arbeitsplatz individuell suchen. Dadurch wird Wohnen und Arbeiten getrennt. Dieser Punkt zeigt den Normalisierungsaspekt auf, denn auch die meisten Menschen ohne Behinderung wohnen nicht dort wo sie arbeiten. Normalisierung ist auch daran zu erkennen, dass die Menschen mit Behinderung in einem «normalen» Wohnhaus leben und nicht in einer Institution, welche oft ausserhalb der Gesellschaft lebt. Erwähnenswert erscheint zudem die Aussage von Frau Petric, dass «Lebe Bunt» noch nie Mühe hatte Menschen ohne Behinderung für die Wohngemeinschaft zu finden (Interview vom 2. Oktober 2019). Durch «Lebe Bunt» ist zu erkennen, dass sich viele Menschen ohne Behinderung gut vorstellen können mit Menschen mit Behinderungen zusammen zu leben.

Durch die Analyse der Wohngemeinschaft «Lebe Bunt» ist der Autorin aufgefallen, dass die Niederschwelligkeit eines Wohnangebotes für Menschen mit geistiger Behinderung von Bedeutung ist. Frau Petric erwähnte im Interview, dass Menschen mit geistiger Behinderung oft den Zugang zum Angebot nicht direkt finden, da es ein grosser Schritt von einer stationären Institution oder der Familie in die Wohngemeinschaft ist (Interview vom 2. Oktober 2019). Oft bedeutet dieser Schritt die Loslösung von grosser Fremdbestimmung hin zu grosser Selbstbestimmung. Gleichzeitig ist es meist der Weg aus der eigenen Komfortzone. Zusammengefasst bewertet die Autorin die inklusive Wohngemeinschaft als sinnvolle Wohnmöglichkeit für

Menschen mit und Menschen ohne Behinderung. Alle Leitprinzipien werden mit einigen kleinen Abstrichen erfüllt.

## 6.2 Pameijer:

**«Mach die Dinge, die du kannst, selbst»**

### 6.2.1 Beschreibung «Pameijer»

Die Organisation Pameijer befindet sich in den Niederlanden. Sie hat über 400 Standorte rund um Rijnmond und in Teilen Südhollands und begleitet Kinder, Jugendliche und erwachsene Menschen mit geistiger Behinderung. Pameijer nennt alle Menschen, welche bei ihrem Angebot beteiligt sind, Mitglieder. Sie gehen davon aus, dass jeder Mensch Experte oder Expertin vom eigenen Leben ist und das Leben selbst steuern und kontrollieren kann. Der Grundgedanke von Pameijer ist, dass Menschen mit Behinderungen das Recht auf ein normales Leben haben und sich so weit wie möglich an der Gemeinschaft beteiligen sollen (Pameijer, ohne Datum). Das Leben einer Person mit Behinderung soll sich nicht nur in einer Organisation abspielen. Menschen mit Behinderung sollen sich Wohnort, Wohnform, soziales Umfeld, Freizeitaktivitäten und Informationsvermittlungen individuell aussuchen dürfen. Pameijer will die Menschen mit Behinderung von starren institutionellen Strukturen loslösen und ihnen ein individuelles Leben ermöglichen (Gaby Coolen, 2017b). Aus diesem Grund stellt Pameijer seinen Mitgliedern und Mitgliederinnen eine Reihe von Angeboten zur Verfügung, wie zum Beispiel die Unterstützung bei der Wohnungssuche, beim Aufbau eines Nachbarschaftskreises, bei der Suche nach Freizeitaktivitäten, beim Finden eines passenden Arbeits- oder Ausbildungsplatzes, bei der Informationsvermittlung von Themen wie Sexualität oder Freundschaften und bei Finanzproblemen oder einer Budgetkontrolle. Zudem organisiert Pameijer passende Betreuungen, so dass die eigenen Wohnziele erreicht werden können. Dafür wurde ein dreijähriges Programm entwickelt, um von einer stationären Institution in eine eigene Wohnung zu ziehen. Eine abschliessende Auflistung der Angebote ist im Anhang unter «Angebote Pameijer» zu finden (Anhang 1). Bei vielen Angeboten von Pameijer wird zuerst das soziale Umfeld der betroffenen Person angeschaut. Das Ziel davon ist, dass die Unterstützungsleistungen, welche die Person wünscht, von Freunden und Freundinnen, der Familie, der Nachbarschaft und neuen Unterstützungspersonen aufgeteilt wird. Falls mehr Unterstützung benötigt wird, als das Umfeld leisten kann und will, kann professionelle Unterstützung von Fachpersonen online oder persönlich bezogen werden. Die Entscheidung darüber, wer unterstützt, trifft einzig und allein die betroffene Person (Pameijer, ohne Datum).

Ein wichtiger Inhaltspunkt von Pameijers ist der Nachbarschaftskreis. Pameijers geht davon aus, dass die Gesellschaft gegenüber Menschen mit Behinderung mehr Eigenverantwortung und Fürsorge übernehmen muss. Um dies in die Realität umzusetzen, arbeitet Pameijers mit den Betroffenen an einem Nachbarschaftskreis. Ein Nachbarschaftskreis unterstützt Menschen

mit Behinderung auf Grundlage ihren Ressourcen, sich in der Gesellschaft zu beteiligen und Verantwortung zu übernehmen. Ob die betroffene Person in einer eigenen Wohnung lebt, bei den Eltern wohnhaft ist, in einer Institution lebt oder das Zuhause eine Wohngemeinschaft nennt, spielt keine Rolle (Pameijer, ohne Datum). Ein Nachbarschaftskreis besteht in der Regel aus neun bis zwölf Nachbarn und Nachbarinnen, welche die betroffene Person gerne mit ihren Talenten unterstützen. Zudem gehört eine freiwillige Leitungsperson zum Nachbarschaftskreis, welche diesen Prozess koordiniert und als Ansprechperson agiert. Unterstützt wird der Nachbarschaftskreis durch einen professionellen Trainer oder eine professionelle Trainerin. Diese Person schaltet sich nur ein, wenn dessen Hilfe benötigt wird, ansonsten ist das Ziel des Nachbarschaftskreises, dass der Kreis der betroffenen Person eine langfristige Struktur gibt, um das Leben selbständig aber mit Hilfe der Nachbarschaft zu führen. Durch den Nachbarschaftskreis soll sich die betroffene Person sicher fühlen und zu einem Teil der Nachbarschaft werden. Dadurch erfährt sie Inklusion. Mit dem Nachbarschaftskreis kann ein Mensch mit Behinderung Teil einer Gemeinschaft werden (Coolen, 2017a, S.1). Im Gegenzug dazu lernen Menschen ohne Behinderung sich in der Gesellschaft aktiver zu beteiligen und sie lernen den Umgang mit Menschen mit Behinderung kennen. Eine Freiwillige äusserte dies so: Durch die Freiwilligenarbeit bei Pameijers habe ich wieder gelernt, was ich für andere tun kann und dass ich mich in der Gesellschaft beteiligen kann (Coolen, 2017a, S.2). Nachbarn und Nachbarinnen können ihre Talente oder Hobbies wie zum Beispiel das Kochen, der Besuch im Kino oder das Einkaufen mit der Person mit Behinderung teilen. Freiwillige Mitglieder, welche nicht direkt in der Nachbarschaft leben, erhalten von Pameijer den Reiseweg zurückerstattet und alle freiwilligen Mitglieder und Mitgliederinnen sind während der Tätigkeit versichert (Coolen, 2017a, S.1).

Die Finanzierung eines Nachbarschaftskreises kann unterschiedlich gestaltet werden. Eine Gemeinde in den Niederlanden kann einen Nachbarschaftskreis als allgemeine Einrichtung deklarieren, so dass ihnen die Gelder gutgesprochen werden. Die Gesamtkosten für den Aufbau eines Nachbarschaftskreises für die Schulung und den Support der Beteiligten betragen ca. 35'000 Euro. Wenn ein Nachbarschaftskreis eingespielt ist, beträgt die Finanzierung ca. 3'000 Euro pro Jahr. Dieses Geld wird für den professionellen Trainer oder die professionelle Trainerin, die Reisekosten und die Versicherungen der Freiwilligen und den Support ausgegeben. Funktioniert der Nachbarschaftskreis, schaltet sich Pameijer aktiv aus und ist nur noch für allfällige Fragen im Hintergrund erreichbar (Coolen, 2017a, S.2).

Pameijer stellte fest, dass durch ihr Angebot die Lebensqualität, die Gesundheit, das Selbstwertgefühl und das Wohlbefinden der Mitglieder und Mitgliederinnen verbessert werden kann. Sie können sich weiterentwickeln, sowie unabhängiger und stärker werden. Zudem zeigen Forschungsergebnisse, dass Mitglieder und Mitgliederinnen mit und ohne Behinderung durch Pameijer ein grösseres soziales Netzwerk aufbauen, denn durch Pameijer entstehen Begegnungspunkte zwischen Menschen mit und ohne Behinderung. Oft kommt es vor, dass sich Mitglieder und Mitgliederinnen von Pameijer durch ihr Angebot weniger einsam fühlen.



Freiwillige können die Erfahrung machen, dass eine kleine Investition für einen anderen Menschen viel Bedeutung haben kann (Coolen, 2017a, S.1). Mitglieder mit Behinderung können durch Pameijer gemeindenah leben und die Gemeinde erfüllt somit die Auflage zur Bereitstellung von ausreichend dezentralen und gemeindenahen Wohnangeboten für Menschen mit Behinderung (Pameijer, ohne Datum).

### 6.2.2 Bewertung «Pameijer»

Das Angebot Pameijer ist eine Möglichkeit Artikel 19 der BRK zu erfüllen, da Menschen mit Behinderung ihren Wohnort, ihre Wohnform und ihr gesamtes Leben eigenständig aber dennoch mit Unterstützung gestalten können. Durch den Einbezug der Nachbarschaft lernen Menschen ohne Behinderung die Barrieren und Schwierigkeiten von Menschen mit Behinderung kennen. Der Nachbarschaftskreis und der dazugehörige Beziehungsaufbau der Mitglieder und Mitgliederinnen ermöglicht die Inklusion der Person mit Behinderung. Da Menschen mit Behinderung mit Hilfe von Pameijer das Leben individuell gestalten können, haben sie einen einfacheren Zugang zu Angeboten von Menschen ohne Behinderungen. Dies ist ein weiterer Aspekt, welcher die Inklusion in die Gemeinschaft erleichtert. Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen steht bei Pameijer im Zentrum. Menschen können Selbstbestimmung leben, indem sie Freizeit, Arbeit und Wohnen unabhängig voneinander organisieren und somit ihre Vorlieben des jeweiligen Bereichs erfüllen können. Auch Veränderungen des Tagesablaufes oder der gesamten Wohnsituation werden von Pameijer unterstützt. Dies zeigt, dass die Selbstbestimmung wirklich ermöglicht wird. Die Trennung von Arbeit, Freizeit und Wohnen und die Möglichkeit Veränderungen in diesen Bereichen vorzunehmen erfüllt gleichzeitig den Normalisierungsaspekt. Eine Institution wie Pameijer, welche 400 Standorte hat, unterstreicht den Normalisierungsaspekt. Denn umso mehr Standorte eine Institution hat, desto normaler wird es in dieser Institution aktiv zu sein und ein Teil davon zu sein. Durch die Unterstützung von Pameijer können sich Menschen mit Behinderung weiterentwickeln und werden darin unterstützt ihr Leben nach ihren Wünschen zu gestalten.

Das Leben in der selbst gewünschten Wohnform führt oft zur Erfahrung eines Gefühls der Sicherheit und des Wohlbefindens. Dies verbessert gleichzeitig die Lebensqualität der betroffenen Person. Da bei Pameijer Menschen mit Behinderung zum einen viele Freiheiten haben und zum anderen bei Unsicherheiten von Pameijer unterstützt werden, kann die Person mit Behinderung selbst entscheiden, was sie selbständig machen möchte und bei welchen Lebensbereichen sie unterstützt oder begleitet werden möchte. Pameijer geht auf jeden Menschen individuell ein und stellt den Menschen ins Zentrum ihrer Arbeit. Der Mensch mit Behinderung entscheidet selbst mit wem er Zeit verbringen möchte und welche Angebote er nutzen möchte. Personenzentrierung ist für Pameijer wichtig.

Wie bereits erwähnt, hat Pameijer ein breites Spektrum an Angeboten für Menschen mit geistiger Behinderung. Damit können sich Menschen mit Behinderung unterschiedliche Sozialräume im Bereich Wohnen Arbeit und Freizeit aneignen. Dadurch entsteht viel Raum für neue

Erfahrungen und Begegnungen. Abschliessend zu erwähnen ist, dass ein Nachbarschaftskreis langfristig wesentlich günstiger ist als das Leben in einer stationären Einrichtung. Aus den vorgängig aufgeführten Punkten schätzt die Autorin das Angebot Pameijer als zeitgemäss, herausragend und innovativ ein.

## 7. Fazit

---

In der Schweiz gibt es zurzeit kaum dezentrale Wohnangebote. Dennoch ist eine Entwicklung weg von starren institutionellen Strukturen zu erkennen. Eine Vielfalt an Angeboten zwischen stationären Institutionen und der Familie fehlen noch weitgehend, obwohl Menschen mit Behinderungen selbst und die geltenden gesetzlichen Grundlagen eine Verbesserung und Anpassung der Angebote fordern. Einige Pilotversuche von dezentralen Wohnformen, welche die gesetzlichen Grundlagen zu erfüllen versuchen, sind in der Testphase. Dies zeigt, dass der Wille zu neuen Wohnformen vorhanden ist. Da Menschen mit geistiger Behinderung heute als sozial integrierbar angesehen werden, entwickelten sich bereits neue Wohnformen wie betreute Aussenwohngruppen von Institutionen, kleine Wohngruppen in stationären Institutionen und das Assistenzmodell, welches unter gewissen Voraussetzungen das selbständige Leben ermöglicht. Dieser Wandel bei den bestehenden Wohnformen führt zur Schlussfolgerung, dass das Auflösen der bestehenden Wohnformen und der Aufbau komplett neuer Angebote nicht das Ziel ist. Bestehende Wohnformen können ihre Strukturen an die aktuell gültigen Leitprinzipien und Gesetzgebungen anpassen. Zusätzlich festzuhalten ist, dass stationäre Institutionen bestehen bleiben werden. Es wird auch zukünftig Menschen mit geistiger Behinderung geben, welche stationär und mit festen strukturellen Rahmenbedingungen leben möchten. Auch dieses Bedürfnis soll in Zukunft weiterhin gestillt werden. Stationäre Institutionen verspüren jedoch einen gewissen Druck, da die Nachfrage nach dezentralen Wohnformen steigt. Wichtig ist, dass alle Menschen mit geistiger Behinderung das Wissen darüber haben, welche Wahlmöglichkeiten sie im Bereich Wohnen haben. In welcher Wohnform sie leben wollen, sollen sie selbständig oder mit Unterstützung aussuchen dürfen. Beistände und Beiständinnen sollte nahegelegt werden, dass auch wenn die stationäre Institution für sie am wenigsten Arbeit mit sich bringt, sie dem Menschen mit Behinderung offen gegenüberstehen sollen und keinem Umzug in eine andere Wohnmöglichkeit im Weg stehen sollten. Falls niemand im Umfeld einer Person mit geistiger Behinderung informiert über die Wahlmöglichkeiten ist, fällt auf, dass es in der Schweiz nur zwei Organisationen zur Auswahl gibt, welche sie darüber beraten können. Dies zeigt, dass es in der Schweiz an verfügbaren Beratungsstellen fehlt.

Die gesetzlichen Grundlagen für dezentrales Wohnen von Menschen mit Behinderungen sind in der Schweiz in Kraft. Nicht alle dieser Grundlagen sind auf Menschen mit geistiger Behinderung zugeschnitten. Aus den Ausführungen des Assistenzbeitrags geht hervor, dass dieser im Moment nicht für alle Menschen mit geistiger Behinderung, aufgrund der hohen administrativen Voraussetzungen, zugänglich ist. Zudem sind die Anforderungen betreffend Arbeitsregelung zu erfüllen, um die Beiträge zu erhalten. Damit alle Menschen mit geistiger Behinderung Zugang zum Assistenzbeitrag erhalten, müssen die Anforderungen an diese Menschen angepasst werden. Dieser Beitrag soll für Menschen mit geistiger Behinderung auch dann angefordert werden können, wenn diese nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt tätig sind. Unterstützend

dazu könnten die bereits erwähnten Beratungs- oder Unterstützungsdienste den Menschen mit geistiger Behinderung bei der Erfüllung der administrativen Anforderungen behilflich sein. Dadurch können auch Menschen, welche ein kleines Unterstützungsnetz haben, den Zugang zum Assistenzbeitrag erhalten. Die Behindertenrechtskonvention fordert, dass Menschen mit Behinderungen selber aussuchen dürfen, wo, mit wem und wie sie leben. Damit dies in der Schweiz umgesetzt werden kann, benötigt es nebst den gesetzlichen Grundlagen noch weitere. Einerseits müssen die verschiedensten Wohnformen für Menschen mit geistiger Behinderung zugänglich gemacht werden. Damit dies möglich wird, müssen zuerst dezentrale Wohnformen entstehen. Menschen mit geistiger Behinderung sollen alleine, in einer Wohngemeinschaft, mit den selbstgewählten Menschen, in der Stadt, auf dem Land oder wo und wie auch immer, leben dürfen.

Die in Kapitel 5 vorgestellten Leitprinzipien bilden eine Art Handlungsanleitung für die Praxis der Sozialpädagogik. Wenn sich die beteiligten Personen an diesen orientieren, können diese Prinzipien auch umgesetzt werden. Dafür benötigt es jedoch den Willen der Menschen mit geistiger Behinderung und dessen Angehörigen sowie Beistandschaften, der Professionellen der Sozialen Arbeit, der Politikerinnen und Politiker wie auch der gesamten Gesellschaft. Durch die Bezüge der Leitprinzipien zur BRK wird ersichtlich, dass die BRK die Umsetzung aller vorgestellten Leitprinzipien verlangt. Bei der Planung neuer Wohnangebote sind die Leitprinzipien miteinzubeziehen und sicherzustellen sodass möglichst alle in der neuen Wohnform umgesetzt werden. Wird eine neue Wohnform in die Praxis umgesetzt, sind die Leitprinzipien regelmässig zu reflektieren, damit dessen erfolgreiche Umsetzung garantiert wird.

Durch eine Vielfalt von dezentralen Wohnangeboten kann das Leitprinzip der Normalisierung erfüllt werden, denn auch die meisten Menschen ohne Behinderung können zwischen verschiedenen Wohnformen auswählen. Auch kann die Normalisierung gefördert werden, wenn Menschen mit geistiger Behinderung selbstbestimmen dürfen, wann sie ins Bett gehen, was sie essen und wo sie einkaufen möchten. Wenn Menschen mit geistiger Behinderung den Arbeitsort, den Wohnort, die Freizeitgestaltung und weitere Lebensbereiche unabhängig voneinander organisieren, kommen sie der Erfüllung mehrerer Leitprinzipien der Behindertenhilfe näher. Die Selbstbestimmung wird wichtig, wenn die Menschen Entscheidungen treffen dürfen, wo sie wohnen und arbeiten und welche Freizeitangebote sie nutzen möchten. Beim Thema der Selbstbestimmung ist jedoch im Hinterkopf zu behalten, dass die Selbstbestimmung ihre Grenzen hat. Wer das ganze Leben selbstbestimmt lebt, kann der Gefahr begegnen, zum Egoisten zu tendieren. Ein gutes Mass an Selbstbestimmung ist aber sicherlich wünschenswert. Durch die individuelle Gestaltung der Lebensbereiche können Angebote in verschiedenen Sozialräumen wahrgenommen werden, welche eine grosse Integrations-, wenn nicht sogar Inklusionsmöglichkeit bieten. Wenn Professionelle der Sozialen Arbeit den Menschen mit Behinderung die Möglichkeiten aufzeigen, wie sie ihre Wohnform selbstbestimmt auswählen können, zeigen sie der Person, dass sie als Experte oder Expertin des eigenen Lebens wahrgenommen und

ihre Bedürfnisse ernst genommen werden. Damit Selbstbestimmung und Normalisierung in der Praxis in Bezug auf das Finden einer passenden Wohnform umgesetzt werden können, ist es unabdingbar, dass sie den Menschen mit Behinderungen ihre Wahlmöglichkeiten aufzeigen und sie aktiv beim Entscheidungsprozess miteinbeziehen. Eine Möglichkeit, um Menschen mit geistiger Behinderung zu befähigen ihre eigene Entscheidung zu treffen, besteht im Empowermentansatz. Wird mithilfe dieses Ansatzes eine Person im Entscheidungsprozess zur Wahl der Wohnform begleitet, kann die Person mit geistiger Behinderung eine höhere Kontrolle über das eigene Leben erlangen, das eigene Selbstwertgefühl sowie Wohlbefinden steigern und eine Strategie zur Bewältigung künftiger Probleme oder schwieriger Situationen entwickeln. Die Erfüllung der Inklusion stellt ein grosses Potential für zukünftige Wohnformen dar. Ist die Gesellschaft offen dafür, dass Menschen mit geistiger Behinderung in und mit ihr leben und gleichzeitig die Person mit geistiger Behinderung gewillt ist, in der Gesellschaft zu inkludieren, kann etwas Grosses entstehen. Beide Seiten können voneinander profitieren und sich weiterentwickeln. Damit Inklusion erfolgreich in der Praxis stattfinden kann, spielt auch ein weiteres Leitprinzip eine wichtige Rolle – die Teilhabe. Erhalten Menschen mit geistiger Behinderung die Möglichkeit zur Teilhabe an Gemeinschaften oder der gesamten Gesellschaft, können sie sich weiterentwickeln. In umso mehr Bereichen Menschen mit geistiger Behinderung Teilhabe erhalten, desto höher kann sich die Lebensqualität steigern. Denn umso besser eine Person seine Lebenslage bewertet, desto höher wird dessen Lebensqualität eingeschätzt. Um eine hohe Lebensqualität zu erreichen, müssen die Grundbedürfnisse befriedigt sein. Die Grundbedürfnisse werden von den eigenen Bedürfnissen und Wünschen geprägt. Kann ein Mensch so wohnen wie er es möchte, bewirkt dies eine höhere Lebensqualität, da die Grundbedürfnisse gestillt sind. Die Lebensqualität wird zusätzlich erhöht, wenn die Person am gewünschten Wohnort akzeptiert und integriert ist.

Wie wichtig die Umwelt für die erfolgreiche Umsetzung eines dezentralen Wohnangebotes für eine Person mit geistiger Behinderung ist, zeigen die zwei vorgestellten Wohnprojekte aus dem europäischen Raum. Bei beiden Angeboten sind weitere Akteure und Akteurinnen beteiligt, welche den Menschen mit geistiger Behinderung ein selbstbestimmtes, inkludiertes und normalisiertes Leben mit der Chance auf eine hohe Lebensqualität ermöglichen. «Pameijer», ein Wohnangebot aus den Niederlanden, ist ein Beispiel dafür, wie ein grosses Netzwerk entstehen kann, damit Menschen dezentral und selbstbestimmt leben können. Zusätzlich ist «Pameijer» ein Vorzeigebeispiel für die Trennung der verschiedenen Lebensbereiche bei Menschen mit geistiger Behinderung. Damit ein so grosses Netzwerk aus verschiedenen Dienstleistungen aufgebaut werden kann, welches für Menschen mit geistiger Behinderung zugänglich ist, benötigt es ein grosses Engagement, viel Zeit und die Bereitstellung der benötigten Ressourcen. «Lebe Bunt» zeigt auf, dass das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderungen erfolgreich in die Praxis umgesetzt werden kann. Zudem beweist es, dass es genügend Menschen ohne Behinderungen gibt, welche interessiert daran sind, ihr Leben mit Menschen mit Behinderung zu teilen. Durch die mobile Wohnbegleitung können alle Bewohnenden der

inklusive Wohngemeinschaft auf Augenhöhe miteinander leben. Die Projektverantwortliche von «Lebe Bunt» stellte fest, dass die Lebensqualität der Menschen mit Behinderungen steigt, wenn sie selbstbestimmt und inkludiert leben dürfen. Durch «Lebe Bunt» ist die Wichtigkeit der Niederschwelligkeit eines Wohnangebotes zum Vorschein gekommen. Damit ein neues dezentrales Wohnangebot viele Menschen anspricht, sollte es niederschwellig aufgestellt werden. Zusätzlich sollten sich alle Beteiligten bewusst sein, wie gross der Schritt aus einer stationären Institution oder aus der Familie in eine dezentrale Wohnform ist, um diesen bewusst zu begleiten.

## 8. Aufgaben der Sozialpädagogik

---

Um die Leitprinzipien der Behindertenhilfe in die Praxis umzusetzen und Menschen mit geistiger Behinderung in den verschiedenen Wohnformen zu unterstützen, werden einige Aufgaben an Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen gestellt. Es stellt eine neue Herausforderung dar, wenn Menschen mit geistiger Behinderung selbständig etwas so Grosses wie die Wohnform bestimmen dürfen. Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen haben heute ein Gleichgewicht zwischen professioneller Einmischung und professioneller Zurückhaltung zu finden. Professionelle der Sozialen Arbeit hatten früher nicht das Ziel, die Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt leben zu lassen und sie in diesem Prozess zu begleiten. Zurzeit findet ein Umdenkprozess statt, damit Menschen mit Behinderungen nicht weiter fremdbestimmt leben müssen, sondern selbstbestimmt leben dürfen. Zu diesem Punkt gehört auch, dass sich Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen ihrer Macht bewusst sind, welche sie über Menschen mit geistiger Behinderung haben. Um dies umzusetzen müssen Professionelle der Sozialen Arbeit ihre Macht teilweise abgeben. Sie haben die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen wahrzunehmen, auf deren Bedürfnisse einzugehen, sie an politischen Prozessen teilhaben zu lassen und bereit sein Kritik von ihnen anzunehmen. Wie bereits erwähnt ist die Zeit der vollkommenen Fremdbestimmung von Menschen mit Behinderungen vorbei. Einige Leitprinzipien der Behindertenhilfe haben sich geändert oder wurden neu entwickelt. Aus diesem Grund werden Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, welche bereits länger in diesem Beruf arbeiten, vor grosse Herausforderungen gestellt, sodass sie die Umsetzung der Leitprinzipien erfüllen können. In der Zukunft werden sich die Leitprinzipien wahrscheinlich weiterentwickeln. Für die Qualität ihrer Arbeit und den Umgang mit den Menschen mit Behinderungen wird es wichtig sein, dass sie die veränderten Leitprinzipien akzeptieren, ihre eigene Arbeit anpassen und sich von früheren Ansichten und Vorschriften lösen. Arbeitsabläufe und festgefahrene Strukturen sind kontinuierlich zu überdenken, zu reflektieren und, falls nötig anzupassen.

Damit Menschen mit geistiger Behinderung die Möglichkeit erhalten selbständig auszusuchen, wo sie leben möchten, ist es eine Aufgabe der Sozialen Arbeit, den Menschen deren Wahlmöglichkeiten aufzuzeigen. Damit sie aus diesen Wahlmöglichkeiten die passende Wohnform für sich selber finden können, haben sie ihre Bedürfnisse zu äussern. Deshalb ist es Aufgabe der Sozialen Arbeit Menschen mit geistiger Behinderung ins Zentrum ihrer Arbeit zu stellen und sie dabei zu unterstützen, ihre Bedürfnisse wahrzunehmen und zu äussern, sodass eine optimale Entscheidung für eine Wohnform getroffen wird. Mithilfe des Empowermentansatzes können Professionelle der Sozialen Arbeit Menschen mit geistiger Behinderung befähigen selber Entscheidungen zu treffen. Dadurch wird ihr Selbstvertrauen vergrössert. Als eine Folge davon trauen sich Menschen mit einer geistigen Behinderung selbstbestimmt zu leben.

## 9. Ausblick

---

Im folgenden Teil wird ein Blick in die Zukunft gewagt und mögliche Entwicklungsszenarien aufgezeigt.

Durch den Druck der Gesetzgebung und der Menschen mit Behinderungen werden in nächster Zeit zusätzliche und weiterentwickelte Wohnangebote für Menschen mit Behinderungen entstehen. In der Theorie werden die Leitprinzipien beschrieben, welche die neuen Wohnangebote zu erfüllen haben. Wie diese gezielt in die Praxis umgesetzt werden sollen, ist in der Schweiz noch unklar. Gezielte Umsetzungsmöglichkeiten sind in Zukunft auszuarbeiten. Um dies zu ermöglichen, ist es notwendig, dass die benötigte Finanzierung sichergestellt ist. Dieser Punkt beinhaltet auch die Klärung der Zuständigkeiten. Damit keine Finanzierungslücken entstehen, sind die Zuständigkeiten klar zu regeln und die Informationen darüber müssen Menschen mit und ohne Behinderung zugänglich gemacht werden. Die Autorin würde es begrüßen, wenn kantonale Voraussetzungen für neue Wohnformen aufgestellt würden, damit sich neue dezentrale Wohnangebote an den aktuell gültigen Leitprinzipien orientieren könnten.

Mit grösster Wahrscheinlichkeit wird sich in Zukunft die Technologie weiterentwickeln. Durch diese Weiterentwicklung entstehen neue Unterstützungsmöglichkeiten. Ein Stichwort dazu lautet «Roboter». Wie sich dieser Bereich weiterentwickeln wird, wird uns alle wahrscheinlich noch überraschen. Wichtig in dieser Hinsicht ist, dass neue technische Unterstützung das Leben in einer dezentralen Wohnform erleichtern wird. Zukünftig soll es beispielsweise möglich sein, die Medikamente bei einer Apotheke bereits gerichtet abzuholen und der Einnahmeprozess übers Mobiltelefon zu kontrolliert. Eine Bezugsperson wird benachrichtigt, falls die Medikamente nicht korrekt eingenommen werden.

Entstehen in der Schweiz dezentrale Wohnformen, so wird sich das Tätigkeitsfeld von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen verändern. Ihr Berufsfeld wird sich dieser Entwicklung anpassen. Als direkte Folge davon wird die Unterstützung der Menschen mit Behinderung vermehrt zu Hause von diesen Menschen stattfinden. Die strukturellen Einschränkungen bei stationären Institutionen müssen überarbeitet werden und es ist abzuklären, ob diese mit den aktuell gültigen Leitprinzipien kompatibel sind. Werden die Leitprinzipien nicht erfüllt, sind Veränderungen und Anpassungen zu realisieren, sodass die Leitprinzipien eingehalten werden. Für stationäre Institutionen ist es schwierig und anspruchsvoll, diesen Wandel professionell mitzugehen und ihre Bewohnenden über mögliche andere Wohnformen zu informieren, denn auch sie sind auf genügend Bewohnende in der eigenen Institution angewiesen, denn dies sichert oft die Finanzierung der Institution. Es ist aber Aufgabe der Sozialpädagogik, die Menschen über ihre Wahlmöglichkeiten zu informieren, damit der Artikel 19 der BRK erfüllt werden kann und Menschen mit Behinderungen selbst bestimmen dürfen wo, wie und mit wem sie leben möchten. Neue zentrale Beratungsstellen und Unterstützungsdienste könnten dazu beitragen, dass Menschen mit geistiger Behinderung einfacher zu den notwendigen Informationen gelangen könnten und durch die neutrale Sicht der Beratungsstellen das Wohnangebot finden,



welches am besten auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist. Da es zurzeit wenig neutrale Beratungsmöglichkeiten gibt, besteht die erste Herausforderung darin, Beratungsangebote zu schaffen, welche diese anhand der Wünsche und Bedürfnisse von Menschen mit geistiger Behinderung optimal beraten und unterstützen können.

Die Autorin hofft, dass die Abgrenzung zwischen Menschen mit Behinderung und Menschen ohne Behinderung in Zukunft schwächer wird und wir in vielleicht fünfzig Jahren nicht mehr ausschliesslich von stationären und ambulanten Wohnformen sprechen werden. Es ist zu wünschen, dass dann Menschen mit geistiger Behinderung die gleichen Wahlmöglichkeiten von Wohnformen haben werden wie Menschen ohne Behinderungen. Bis diese Entscheidungsfreiheit ermöglicht ist, sind noch einige offene Fragen zu beantworten; Welche dezentralen Wohnangebote werden in der Schweiz umgesetzt? Wie kann eine Anpassung von stationären Institutionen aussehen, damit sie die aktuell gültigen Leitprinzipien erfüllt? Wie sieht die Sicherstellung der Finanzierung dezentraler Wohnangebote aus? Wie werden Menschen mit geistiger Behinderung optimal in ihrem eigenen Zuhause begleitet? Wie wird die Gesellschaft in Zukunft mit Menschen mit geistiger Behinderung in der Nachbarschaft umgehen? Dies ist nur eine Auswahl an möglichen Zukunftsfragen, welche durch kommende Arbeiten beantwortet werden können.

Meine Zukunftsvision bildet den Abschluss dieser Bachelorarbeit: Alle Menschen mit geistiger Behinderung können bestimmen, wo, mit wem und in welcher Wohnform sie leben möchten. Es hat in der Schweiz eine Vervielfältigung der Wohnangebote für Menschen mit geistiger Behinderung stattgefunden.

## 10. Quellenverzeichnis

---

- AHV-IV (ohne Datum). *Assistenzbeitrag*. Gefunden unter <https://www.ahv-iv.ch/de/Sozialversicherungen/Invalidenversicherung-IV/Assistenzbeitrag>
- Aselmeier, Laurenz (2008). *Community Care und Menschen mit geistiger Behinderung. Gemeinwesenorientierte Unterstützung in England, Schweden und Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Beck, Iris (2016). Normalisierung und Lebensqualität. In Markus Dederich, Iris Beck, Ulrich Bleidick & Georg Antor (Hrsg.), *Handlexikon der Behindertenpädagogik. Schlüsselbegriffe aus Theorie und Praxis*. (S. 154-158). (3. Aufl.). Stuttgart: W. Kohlhammer Verlag.
- Behindertengleichstellungsgesetz. Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen vom 13. Dezember 2002 (SR 151.3).
- Nirje, Benkt & Perrin, Burt (1991). *Das Normalisierungsprinzip – und seine Missverständnisse* (3. Aufl.). Wien: Lebenshilfe Österreich, Dachverband für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung.
- Bundesamt für Sozialversicherungen (2019). *Ausschreibungen Forschungsarbeiten*. Gefunden unter <https://www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/publikationen-und-service/forschung/ausschreibungen.html>
- Bundesrat (2016). *Erster Bericht der Schweizer Regierung über die Umsetzung des Übereinkommens über die Rechte der Menschen mit Behinderungen*. Bern.
- Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V. (1994). *Duisburger Erklärungen*. Marburg: Lebenshilfe-Verlag.
- Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101).
- Bürli, Alois (2016). Inklusion. Inklusion historisch: Integration und Inklusion. In Markus Dederich, Iris Beck, Ulrich Bleidick & Georg Antor (Hrsg.), *Handlexikon der Behindertenpädagogik. Schlüsselbegriffe aus Theorie und Praxis*. (S. 126-132). (3. Aufl.). Stuttgart: W. Kohlhammer Verlag.
- Caplazi, Alexandra (2016). Die Person in Staat und Recht. In Mösch, Peter, Schleicher, Johannes & Schwander, Marianne (Hrsg.), *Recht für die Soziale Arbeit. Grundlagen und ausgewählte Aspekte*. (S. 77-137). (4. Aufl.). Bern: Haupt Verlag.
- Coolen, Gaby (2017a). *Neighbourhood Circle. Program. Dokument aus IVS Tagung*. Pameijer.

- Coolen, Gaby (2017b). *Side by side. Pameijer*. Gefunden unter [http://www.ivs-wien.at/dokumente/upload/2a5ba\\_Coolen\\_-\\_Presentatie\\_viennese\\_Pameijer.pdf](http://www.ivs-wien.at/dokumente/upload/2a5ba_Coolen_-_Presentatie_viennese_Pameijer.pdf)
- Dederich, Markus, Grevin, Heinrich, Mürner, Christian & Rödler, Peter (2016). *Inklusion statt Integration. Heilpädagogik als Kulturtechnik*. Psychosozial-Verlag: Giessen.
- Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information (2005). *Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit. ICF*. Genf: World Health Organization.
- Duden (2009). *Die deutsche Rechtschreibung. Duden Band 1*. (25. Aufl.). Dudenverlag: Mannheim, Wien & Zürich.
- Falk, Wiebke (2016). *Deinstitutionalisieren durch organisationalen Wandel. Selbstbestimmung und Teilhabe behinderter Menschen als Herausforderung für Veränderungsprozesse in Organisationen*. Kempten: AZ Druck und Datentechnik.
- Fonds Soziales Wien (2018a). «*Lebe Bunt!*» - WG gewinnt Inklusionspreis. Gefunden unter [www.aspern-seestadt.at/city-news/seestaedter\\_lebe\\_bunt-wg\\_gewinnt\\_inklusionspreis](http://www.aspern-seestadt.at/city-news/seestaedter_lebe_bunt-wg_gewinnt_inklusionspreis)
- Fonds Soziales Wien (2018b). *Zu Besuch in der ersten inklusiven Wohngemeinschaft Wiens*. Gefunden unter [www.fsw.at/n/lebe-bunt-zu-besuch-in-der-ersten-inklusive-wohngemeinschaft-wiens](http://www.fsw.at/n/lebe-bunt-zu-besuch-in-der-ersten-inklusive-wohngemeinschaft-wiens)
- Fritschi, Tobias, von Bergen, Matthias, Müller, Franziska, Bucher, Noelle, Ostrowski, Gaspard et al. (2019). *Bestandesaufnahme des Wohnangebots für Menschen mit Behinderungen. Bericht im Rahmen des dritten mehrjährigen Forschungsprogramms zu Invalidität und Behinderung*. Forschungsbericht Nr. 7/19. Bern: Bundesamt für Sozialversicherungen.
- Haack, G (2016). Perspektiven der Normalisierung. In Ernst Wüllenweber, Georg Theunissen und Heinz Mühl (Hrsg.) *Pädagogik bei geistigen Behinderungen. Ein Handbuch für Studium und Praxis*. (S. 234). Stuttgart: W. Kohlhammer Verlag.
- Hauser, Mirjam & Tenger, Daniela (2015). *MENSCHEN MIT BEHINDERUNG IN DER WELT 2035. Wie technologische und gesellschaftliche Trends den Alltag verändern*. Rüschlikon: GDI Gottlieb Duttweiler Institute.
- Hinz, Andreas (2006). Integration und Inklusion. In Ernst Wüllenweber, Georg Theunissen, Heinz Mühl (Hrsg.), *Pädagogik bei geistiger Behinderung. Ein Handbuch für Studium und Praxis* (S. 251-261). Stuttgart: W. Kohlhammer GmbH.

Inclusion Handicap (2016). *Behindertenpolitik im Lichte der UNO-BRK. Bestandesaufnahme und mögliche Ansätze aus Sicht der Menschen mit Behinderungen und ihren Organisationen*. Bern: Inclusion Handicap.

Inclusion Handicap (2017). *Schattenbericht. Bericht der Zivilgesellschaft anlässlich des ersten Staatenberichtsverfahrens vor dem UN-Ausschluss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen*. Bern: Inclusion Handicap.

Insieme (ohne Datum a). *Handlungsfähigkeit*. Gefunden unter <https://insieme.ch/politisches-engagement/erwachsenenschutz/handlungsfahigkeit/>

Insieme (ohne Datum b). *Rechte*. Gefunden unter [insieme.ch/geistige-behinderung/rechte/](https://insieme.ch/geistige-behinderung/rechte/)

Institut für Soziologie der Universität Wien (2015). *Forschungsbericht der Studie Besiedlungsmonitoring Seestadt Aspern 2015*. Wien: Universität Wien.

Integration Wien (ohne Datum). *Lebe Bunt. «Lebe Bunt!» ist*. Gefunden unter [www.integrationswien.at/de/lebe-bunt-seite](http://www.integrationswien.at/de/lebe-bunt-seite)

IVS Wien Interessensvertretung sozialer Dienstleistungsunternehmen für Menschen mit Behinderung (2017). *IVS Tagung 02. und 03. März 2017. Tagesdokumentation*. Gefunden unter <http://www.ivs-wien.at/ivs-ivs-tagung-2017/>

Köpcke-Duttler, Arnold (2014). *Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen. Gesammelte Aufsätze zu rechtlichen und pädagogischen Fragen*. Band 9. Ergon-Verlag GmbH: Würzburg.

Kulig, Wolfram & Theunissen, Georg (2006). Selbstbestimmung und Empowerment. In Ernst Wüllenweber, Georg Theunissen, Heiz Mühl (Hrsg.), *Pädagogik bei geistiger Behinderung. Ein Handbuch für Studium und Praxis* (S. 237-250). Stuttgart: W. Kohlhammer GmbH.

Kulig, Wolfram, Theunissen, Georg & Wüllenweber, Ernst (2006). Geistige Behinderung. In Ernst Wüllenweber, Georg Theunissen, Heiz Mühl (Hrsg.), *Pädagogik bei geistiger Behinderung. Ein Handbuch für Studium und Praxis* (S. 116-127). Stuttgart: W. Kohlhammer GmbH.

Mattner, Dieter (2000). *Behinderte Menschen in der Gesellschaft. Zwischen Ausgrenzung und Integration*. Stuttgart: Kohlhammer Verlag.

Pameijer (ohne Datum). *Über Pameijer*. Gefunden unter [www.zakelijk.pameijer.nl/over-pameijer](http://www.zakelijk.pameijer.nl/over-pameijer)

- Pitsch, Hans-Jürgen (2006). Normalisierung. In Ernst Wüllenweber, Georg Theunissen, Heiz Mühl (Hrsg.), *Pädagogik bei geistiger Behinderung. Ein Handbuch für Studium und Praxis* (S. 224-236). Stuttgart: W. Kohlhammer GmbH.
- Prenzel, Annedore (2016). Vielfalt, Differenz, Heterogenität. In Markus Dederich, Iris Beck, Ulrich Bleidick & Georg Antor (Hrsg.), *Handlexikon der Behindertenpädagogik. Schlüsselbegriffe aus Theorie und Praxis*. (S. 98-101). 3. Auflage. Stuttgart: W. Kohlhammer Verlag.
- Proinfirmis (ohne Datum). *Assistenzbeitrag*. Gefunden unter <https://www.proinfirmis.ch/behindert-wastun/assistentz/assistentzbeitrag.html>
- Schuntermann, Michael (2016). Klassifikation der Krankheitsfolgen ICF. In Markus Dederich, Iris Beck, Ulrich Bleidick & Georg Antor (Hrsg.), *Handlexikon der Behindertenpädagogik. Schlüsselbegriffe aus Theorie und Praxis*. (S. 476-480). 3. Auflage. Stuttgart: W. Kohlhammer Verlag.
- Seifert, Monika (2006). Pädagogik im Bereich des Wohnens. In Ernst Wüllenweber, Georg Theunissen, Heiz Mühl (Hrsg.), *Pädagogik bei geistiger Behinderung. Ein Handbuch für Studium und Praxis* (S. 376-393). Stuttgart: W. Kohlhammer GmbH.
- Stocker, Franziska (2016). *Wohnformen. Wählen wie ich wohne*. Procap Magazin für Menschen mit Handicap, 4, 7-10.
- Speck, Otto (1999). *Menschen mit geistiger Behinderung und ihre Erziehung. Ein heilpädagogisches Lehrbuch*. 7. Auflage. München: Reinhardt Ernst.
- Stöppler, Reinhilde (2017). *Einführung in die Pädagogik bei geistiger Behinderung*. (2. aktualisierte Auflage). München: Ernst Reinhardt Verlag.
- Thesing, Theodor (2009). *Betreute Wohngruppen und Wohngemeinschaften für Menschen mit geistiger Behinderung*. (4. Aufl.) Freiburg im Breisgau: Lambertus.
- Theunissen, Georg (1995). Ausgliederung geistig behinderter Menschen aus der Psychiatrie. Internationale Entwicklung, zur Lage in den neuen Bundesländern und zu Reformen in der alten Bundesrepublik. In: Bundesvereinigung Lebenshilfe für geistig Behinderte e.V. (Hrsg.). *Wohnen heisst zu Hause sein. Handbuch für die Praxis gemeindenahen Wohnens von Menschen mit geistiger Behinderung*. (S. 91-106). (2. Aufl.). Marburg: Lebenshilfe-Verlag.
- Theunissen, Georg (2016). Empowerment. In Markus Dederich, Iris Beck, Ulrich Bleidick & Georg Antor (Hrsg.), *Handlexikon der Behindertenpädagogik. Schlüsselbegriffe aus Theorie und Praxis*. (S. 114-116). (3. Aufl.). Stuttgart: W. Kohlhammer Verlag.

Thimm, W. (1997). *Kritische Anmerkungen zur Selbstbestimmung in der Behindertenhilfe in Zeitschrift für Heilpädagogik*, 6, 48, 222-232.

Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 13. Dezember 2006 (SR 0.109).

UN-Behindertenrechtskonvention (ohne Datum). *In-Kraft-treten der Konvention*. Gefunden unter <https://www.behindertenrechtskonvention.info/in-kraft-treten-der-konvention-3138/>

United Nations Human rights (2017). *Committee on the rights of persons with disabilities. General Comment No 5*. Gefunden unter [https://tbinternet.ohchr.org/\\_layouts/15/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolno=CRPD/C/GC/5&Lang=en](https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolno=CRPD/C/GC/5&Lang=en)

United Nations (2019). *Human Right. 15. Convention on the Rights of Persons with a Dishabilities*. Gefunden unter [https://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtdsg\\_no=IV-15&chapter=4&clang=\\_en](https://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=IV-15&chapter=4&clang=_en).

Weingärtner, Christian (2013). *Schwer geistig behindert und selbstbestimmt. Eine Orientierung für die Praxis* (3. Aufl.). Freiburg im Breisgau: Lambertus-Verlag.

## 11. Anhang

### Angebote Pameijer

Wohnen	Psychiatrische & Suchtprobleme	Soziale Kontakte	Sozialbereich	Arbeit	Entwicklung & Erholung	Aufwachsen & erziehen	Finanzwesen	E-Support
Nachbarschaftskreis	Spezialisierte Familienbetreuung	Nachbarschaftskreis	Erfahrungskompetenz	Geführte Arbeit	How the Harp – An eigener Entwicklung arbeiten	Kleine Wohnformen	Budgetkontrollen	Online Kurs wählen um neues zu lernen
Kleinteilige Wohnform	Ambulante Begleitung	Support-Freizeit	Familien-support	Geschützte Arbeit	Beziehung und Sexualität	Erholungspflege	Budgetierung	BuzzBuddy (Hilfsmittel beim ÖV)
Unterstützung für neues Zuhause	Anleitung (Hilfe bei dringenden Problemen)			Geschützte Arbeit Plus	Freundschaft und Beziehung	Krisenempfang	Unterstützung Schuldenerleichterungen	Coudina (App mit Funktionen für das tägliche Leben)
Support Freizeit	Unterstützung von Multi-Problemern			Training für Fachpersonen	Umgang mit Verlust und Trauer	Jugendentwicklungsprogramm	Vorteile des Schuldenerlasses	Gamlie (App fürs Reisen mit dem ÖV)
Respite Care-Staying (Erholungspflege)	Ambulante Behandlung			Verschiedene Ausbildungen	Recovery (Selbsthilfegruppe)	Einfamilienhaus		GoLivePhone (einfaches Smartphone)
Home-Port-Assisted Living				Klientenaufträge	Kontextanalyse	Familienbetreuung		Mein Support (Programm für sicheres surfen im Intern)
Unterstützung von Pameijer)					Theaterspiel	Multifunktionales Zentrum		Bilduhr (Erinnerungshilfe)
Selbständig in Immobilie von Pameijer leben					Bewegung	Behandlung nach dem Schultag		
Leben mit Langzeitpflege					Erhöhung der Widerstandsfähigkeit	Unterstützung in der Schule		
Heimbetreuung								